

banken magazin

AUS LIECHTENSTEIN | Ausgabe 24 | Oktober 2012



BANKENTAG

Innovation und Stabilität

KLARE HALTUNG

Bankenverband nimmt Stellung

INTERVIEW

U.S.-Ambassador Donald S. Beyer, Jr.



LIECHTENSTEINISCHER
BANKENVERBAND

Transparenz als Standortvorteil. Die neuen Anforderungen sind für Liechtensteins Banken Herausforderung und Nährboden für Innovation und Kreativität zugleich. In dieser Ausgabe kommen Persönlichkeiten zu Wort, die sich intensiv mit dem Thema auseinandersetzen.



© Jan Schuler – Fotolia.com

Impressum

Das BANKENMAGAZIN ist eine Publikation des Liechtensteinischen Bankenverbandes. Es erscheint vierteljährlich.
V.f.d.I. Simon Tribelhorn, Geschäftsführer
Liechtensteinischer Bankenverband
Austrasse 46, 9490 Vaduz, Fürstentum Liechtenstein
T: +423 230 13 23, F: +423 230 13 24
info@bankenverband.li, www.bankenverband.li

LIECHTENSTEIN-INNOVATION.LI: EIN NEUES SCHAUFENSTER FÜR LIECHTENSTEIN

Liechtenstein ist ein äusserst innovativer Wirtschaftsstandort, sowohl als Werkplatz wie als Finanzplatz. Dies wird von aussen noch zu wenig wahrgenommen; das soll sich nun jedoch ändern. Das neue Portal www.liechtenstein-innovation.li bietet Hintergrundartikel, Interviews und Nachrichten zu Innovationen aus dem Land. Die LIFE Klimastiftung Liechtenstein gehört zu den Gründungspartnern. Ein Fokus des Portals wird daher auf innovativen Produkten und Dienstleistungen auf dem Finanzplatz liegen. Dies ist ein weiterer Beitrag zur Transparenz auch als Wettbewerbsfaktor. www.liechtenstein-innovation.li.

EX-FIU-CHEF BRÜLHART GEHT IN DEN VATIKAN

Im Kampf gegen Geldwäscherei und die Finanzierung von Terrorismus hat der Vatikan den Schweizer Finanzexperten und Anwalt René Brülhart engagiert. Bereits Anfang September hat der Finanzberater sein de facto vollamtliches Mandat im Dienst Seiner Heiligkeit aufgenommen. Er soll im Vatikan das System zur Bekämpfung finanzieller Straftaten optimieren und Schwachstellen im Finanzsystem sanieren. Brülhart leitete acht Jahre als Nachfolger des heutigen Bundesanwaltes Michael Lauber die liechtensteinische Financial Intelligence Unit (FIU). Seit 2010 ist er Vizevorsitzender der Egmont Group, des internationalen Zusammenschlusses der nationalen FIUs.

BANKEN VERPFLICHTEN SICH MIT RICHTLINIE

Im Hinblick auf die aktuelle Abkommenspolitik haben die Banken an ihrer ausserordentlichen Generalversammlung im August eine Richtlinie verabschiedet, welche die Mitgliedsbanken verpflichtet, vor Inkrafttreten allfälliger Regularisierungslösungen einer Verschiebung von Vermögen aus dem Anwendungsbereich dieser Abkommen nicht aktiv Vorschub zu leisten. Mit dieser Richtlinie soll ein allfälliges Unterwandern von Regularisierungslösungen von vornhe-

rein ausgeschlossen werden. Die Richtlinie trat per 1. September 2012 in Kraft. Sie ist für alle Mitgliedsbanken bindend und wird von der Geschäftsstelle des Bankenverbandes überwacht.

LBV-PERSONALANLASS

Steter Wandel und fortlaufende, zunehmend schnellere Veränderungsprozesse prägen die heutige Zeit, wodurch dem professionellen Human Resource Management immer mehr Bedeutung zukommt. Der LBV befasst sich deshalb am 7. November 2012 im Rahmen der alljährlichen Personalveranstaltung mit dem Thema „Management und Leadership in Zeiten des Wandels – Change Management“. Mit David Maus, Geschäftsführer der energy factory St. Gallen AG, ist es dem LBV gelungen, einen hochkarätigen Referenten zu gewinnen.

BOTSCHAFTERCLUB VIERLÄNDER- REGION IN LIECHTENSTEIN

Der LIFE Klimastiftung Liechtenstein ist es gelungen, dass das Treffen des Botschafterclubs Vierländerregion Bodensee e.V. dieses Jahr das erste Mal in Liechtenstein stattfindet. Eröffnet wird die Veranstaltung von Regierungschef und Klimastiftungspräsident Klaus Tschütscher. An der Veranstaltung wird unter anderem das Forschungsprojekt „öffentliche und soziale Innovation in der Bodenseeregion“ vorgestellt werden. Der Anlass findet am 15. November 2012 an der Universität Liechtenstein statt.

FMA STÄRKT INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Am 9. Oktober 2012 hat die Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA) in Washington eine Zusammenarbeitsvereinbarung mit der Internationalen Vereinigung der Versicherungsbehörden (IAIS) unterzeichnet. Das multilaterale Memorandum of Understanding (MMoU) soll die Zusammenarbeit fördern und den Austausch von Informationen regeln. Seitens der IAIS sind 32 Jurisdiktionen an dem MMoU beteiligt.

4 News und Hintergründe

10 CARLO Foundation

Erste unabhängige Ratingstiftung für Nachhaltigkeit

12 7. Liechtensteinischer Bankentag

Höhepunkte des Tages und Gastreferent Xavier Sala i Martin

18 Klare Haltung

Bankenverband nimmt aktuell Stellung

22 Wettbewerb

Wird Transparenz ein Wettbewerbsfaktor?

24 Finanzmarktaufsicht

FMA-Präsident Urs Ph. Roth-Cuony über die aktuellen Herausforderungen

26 Klimastiftungen

KMU profitieren von Kooperation

28 Ambassador Donald S. Beyer, Jr.

Wie der US-Botschafter Liechtenstein wahrnimmt

30 Transparency International

Deutschland-Vorsitzende Prof. Edda Müller im Interview

32 Aussensicht

ARD-Korrespondent Hans-Jürgen Maurus im Interview

34 Studie

Worauf Bankkunden heute achten

36 Transparenz

Ein ambivalenter und vielschichtiger Begriff

40 Unternehmensberichte

Welche Anforderungen auf die Banken zukommen

42 Grundbildung

Qualität dank Weitblick

44 Vorgestellt

Pietro Leone, Mitglied der Geschäftsleitung der Neuen Bank

News



NEUE STEUERABKOMMEN

In den vergangenen Wochen hat Liechtenstein weitere Verhandlungen in Steuersachen geführt und abgeschlossen. Aktuell hat Liechtenstein mit insgesamt 27 Staaten Steuerabkommen geschlossen. Dies trägt der internationalen Finanzplatz- und Steuerstrategie des Landes Rechnung.

Abkommen mit Mexiko

Jüngster Erfolg der Regierung Liechtensteins ist der Abschluss der Verhandlungen mit dem Vertragspartner Mexiko über ein Steuerinformationsabkommen. Das Abkommen wurde in Vaduz paraphiert und regelt den Informationsaustausch zwischen den beiden Ländern auf Anfrage nach den internationalen Standards der OECD. Informationen werden zwischen den beiden Staaten bei mutmasslichem Steuerbetrug und vermuteter Steuerhinterziehung ausgetauscht. Die beiden Länder prüfen laut Regierungsangaben den Abschluss eines Doppelbesteuerungsabkommens.

TIEA mit Japan unterzeichnet

Bereits im Juli 2012 haben Regierungschef Klaus Tschüscher und der japanische Botschafter in Bern, Kazuyoshi Umemoto, in Vaduz ein OECD-konformes, bilaterales Steuerinformationsabkommen (TIEA) unterzeichnet. Das Abkommen muss in beiden Staaten noch ratifiziert werden.

DBA mit Grossbritannien genehmigt

Im Oktober 2012 stimmte der Landtag dem Bericht und Antrag der Regierung betreffend das am 11. Juni 2012 in London unterzeichnete Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) mit Grossbritannien zu. Die beiden Staaten hatten im Rahmen der Verhandlungen über die Liechtenstein Disclosure Facility (LDF) und das TIEA vereinbart, die Verhandlungen über ein DBA aufzunehmen. Das TIEA mit Grossbritannien ist bereits seit Dezember 2010 in Kraft.

DBA mit Uruguay in Kraft

Nach der Ratifizierung beider Vertragsparteien ist am 3. September 2012 das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Liechtenstein und Uruguay in Kraft getreten. Das Abkommen wurde im Oktober 2010 in Bern unterzeichnet. Es entspricht den aktuellen internationalen Standards und orientiert sich in wesentlichen Teilen am OECD-Musterabkommen. Die liechtensteinische Steuerverwaltung ist die für die Anwendung des Abkommens zuständige inländische Behörde. Es wird mit Wirkung ab dem 1. Januar 2013 anwendbar sein.



DANIEL THELESKLAF NEUER FIU-CHEF

Wie bereits im Juni vermeldet, hat Daniel Thelesklaf die Funktion des FIU-Chefs von René Brühlhart per 1. September 2012 übernommen. Daniel Thelesklaf bringe als bisheriger stellvertretender Leiter der Stabsstelle FIU und ehemaliger Chef der schweizerischen FIU hervorragende Vo-

raussetzungen mit, um den bisherigen Weg der FIU erfolgreich weiterzuführen, heisst es in einer Mitteilung der Regierung. Er beschäftigt sich seit fast 20 Jahren mit der Missbrauchsbe- kämpfung, zunächst aus der Sicht einer Bank, dann aufgrund der Leitung der schweizerischen FIU und schliesslich als selbstständiger Experte für die Bekämpfung von Geldwä- scherei und Terrorismusfinanzierung, unter anderem für den Internationalen Währungsfonds (IWF), den Europarat und die UNO. Daniel Thelesklaf war bereits von Herbst 2001 bis 2002 in Liechtenstein tätig; er leitete damals die Stabsstelle für Sorgfaltspflichten und war in der Folge massgeblich am Aufbau der Finanzmarktaufsicht beteiligt. Dadurch kennt er den Finanzplatz Liechtenstein und seine Entwicklung seit geraumer Zeit aus verschiedenen Perspektiven.



LGT MELDET ERFOLG BEI FONDS FÜR SOZIALIN- VESTMENT

„Big Society Capital“ – Bank für soziales Investment – wird GBP 10

Mio. in den „Impact Ventures UK“-Fonds investieren, den „LGT Venture Philanthropy“ und die Berenberg Bank gemeinsam managen. Die Bekanntgabe der Entscheidung fiel laut einer Mitteilung des Frankfurter Privatbankhauses Berenberg Bank mit der Veröffentlichung eines Reports der Boston Consulting Group zusammen. Laut dieser Studie wird der Umfang des Marktes für Sozialinvestments im Jahr 2012 in England bis zu GBP 10 Mrd. erreichen. Der Fonds „Impact Ventures UK“, in den „Big Society Capital“ investieren will und den die LGT mitverwaltet, zielt auf eben jenen Verwendungszweck.

GROSSES INTERESSE AM FONDSPLATZ LIECHTENSTEIN

Der Fondsstandort Liechtenstein stand im Mittelpunkt einer Diskussionsveranstaltung Ende September 2012 in München. Auf Einladung des liechtensteinischen Honorarkonsuls Christian Waigel präsentierten die Stabsstelle für internationale Finanzplatzagenden (SIFA), die Finanzmarktaufsicht (FMA), der Liechtensteinische Anlagefondsverband (LAFV), der Liechtensteinische Bankenverband (LBV) und PricewaterhouseCoopers (PwC) in einer gemeinsamen Veranstaltung den Finanz- und Fondsstandort Liechtenstein. Die Ausführungen vor 60 geladenen Finanz- und Wirtschaftsexperten aus dem Grossraum München standen ganz im Zeichen der alternativen Investmentfonds. Mit der EU-Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM) wird der europäische Markt dafür neu geordnet und reguliert werden. Liechtenstein hat als erstes Land in Europa die AIFM-Richtlinie in den parlamentarischen Prozess gebracht. Dementsprechend positiv verliefen die Diskussionen mit den Experten und Marktteilnehmern.

BANK FRICK ZUFRIEDEN MIT ERSTEM HALBJAHR

Die Bank Frick blickt auf ein stabiles erstes Halbjahr 2012 zurück, der Geschäftsgang ist solide und der Halbjahresgewinn trotz erhöhter Investitionen auf dem Niveau des Vorjahrs geblieben. Der Geschäftsaufwand erhöhte sich um 26 Prozent. Davon entfällt der grösste Teil auf einmalige Investitionen beziehungsweise auf den Auf- und Ausbau neuer Geschäftsbe- reiche. Auch wenn die Bilanzsumme nicht die einzige Kenn-

News

Fortsetzung von Seite 5

grösse ist, die es zu beachten gilt, konnte erstmals die Marke von CHF 1 Mrd. überschritten werden. Das Kreditgeschäft konnte ausgeweitet werden, wobei die gesamte Kreditstruktur sehr ausgewogen ist. Die Qualität der Neugeschäfte im Kreditbereich kann als sehr gut und sehr konservativ charakterisiert werden. Die verwalteten Kundenvermögen beliefen sich zum Stichtag 30. Juni 2012 auf insgesamt CHF 3,3 Mrd. Für das laufende Geschäftsjahr erwartet die Geschäftsleitung einen weiterhin stabilen Geschäftsgang und somit auch einen Jahreserfolg, der an das Jahr 2011 anknüpfen kann.

LGT ERÖFFNET FILIALE IN SALZBURG

Die LGT eröffnet Ende 2012 eine Niederlassung in Salzburg. Nach Abschluss der Umbau- und Renovationsarbeiten kann der Kundenbetrieb in der neuen Niederlassung aufgenommen werden. Insgesamt zehn Mitarbeitende werden sich um die Kunden aus der Region kümmern. Gernot Muster wird die neue Niederlassung in Salzburg aufbauen. Er war in den vergangenen drei Jahren Managing Director des Private Wealth Management Österreich bei der Deutschen Bank in Wien und leitete zuvor zehn Jahre das Privatkundengeschäft Region West der Deutschen Bank. Die LGT hat sich in den letzten Jahren in Österreich sehr gut entwickelt. Mittlerweile arbeiten bereits 40 Mitarbeitende am Wiener Hauptsitz. Österreich zählt zu den Kernmärkten und ist ein wichtiger Bestandteil der strategischen Ausrichtung der Bank.

LLB STEIGERT GEWINN UM KNAPP 80 PROZENT

Die LLB-Gruppe konnte ihren Gewinn im ersten Halbjahr um

79,9 Prozent auf CHF 61,6 Mio. steigern. Während die Erträge um 13,9 Prozent stiegen, gingen die Personalkosten um 19,9 Prozent zurück. Diese starke Reduktion ist zu einem grossen Teil auf die Umstellung der LLB-Personalvorsorgestiftung vom Leistungs- auf das Beitragsprimat zurückzuführen, die eine einmalige Ersparnis von CHF 19,8 Mio. brachte. Das Verhältnis von Aufwand zu Ertrag konnte so von 75,3 Prozent im ersten Halbjahr 2011 auf 57,8 Prozent gesenkt werden. Positiv entwickelten sich die Neugeldzuflüsse in den Heimmärkten Liechtenstein und Schweiz (CHF 140 Mio.) sowie in den internationalen Wachstumsmärkten (CHF 26 Mio.), während einzelne öffentliche Institutionen Gelder abzogen. Insgesamt flossen der LLB-Gruppe Netto-Neugelder in der Höhe von CHF 2 Mio. zu und die Kundenvermögen erreichten CHF 48,7 Mrd. Der Anstieg der Kundenvermögen um 1,2 Prozent gegenüber 31. Dezember 2011 ist auf die positive Marktperformance zurückzuführen. Die Vermögen in eigenverwalteten Fonds entwickelten sich erfreulich. Die LLB-Anlagefonds bleiben aufgrund ihrer überdurchschnittlichen Performance attraktiv. Gegenüber Ende 2011 stiegen die Vermögen um 4,2 Prozent. Dagegen gingen die Vermögen mit Verwaltungsmandat gegenüber Ende 2011 um 3,2 Prozent zurück. Die übrigen Kundenvermögen legten um 1,9 Prozent zu. Per 30. Juni 2012 beschäftigte die LLB-Gruppe teilzeitbereinigt 1'120 Mitarbeitende (31. Dezember 2011: 1'123 Mitarbeitende).

LGT-GESCHÄFTE FLORIEREN IM ERSTEN HALBJAHR

Die LGT steigerte ihren Konzerngewinn im ersten Halbjahr 2012 um 58 Prozent auf CHF 130 Mio. Der Netto-Neugeld-

zufluss bei der grössten Liechtensteiner Bank betrug CHF 5,5 Mrd. Insbesondere das Asiengeschäft der Gruppe hat sich ausgezeichnet entwickelt. Die verwalteten Vermögen erhöhten sich seit Ende 2011 um neun Prozent auf CHF 95 Mrd. Der im Jahresvergleich um fast 60 Prozent höhere Konzerngewinn ist sowohl auf Ertragssteigerungen als auch auf Sparmassnahmen zurückzuführen. Das Kosten-Ertrags-Verhältnis verbesserte sich von 75 auf 65 Prozent. Gemäss LGT-Chef S. D. Prinz Max habe im Asset Management die gute langfristige Anlageperformance zu signifikanten Zuflüssen geführt.

VP BANK STEIGERT GEWINN UM 28 PROZENT

Die VP Bank Gruppe erzielte einen um 28 Prozent gesteigerten Semestergewinn. Die Kapitalbasis der Bank bleibt stabil. Für das erste Halbjahr 2012 erwirtschaftete die VP Gruppe einen Konzerngewinn von CHF 24,7 Mio. Im Vergleich zur Vorjahresperiode, in der die Gruppe CHF 19,4 Mio. Gewinn erzielte, bedeutet dies eine Steigerung um 27,6 Prozent. Die betreuten Kundenvermögen der Gruppe beliefen sich per 30. Juni 2012 auf CHF 27,6 Mrd. Gegenüber dem Wert per 31. Dezember 2011 von CHF 27,4 Mrd. bedeutet dies eine Zunahme von 0,5 Prozent. Mit einer Tier 1 Ratio von 19,2 Prozent per 30. Juni 2012 ist die VP Bank Gruppe weiterhin überdurchschnittlich gut kapitalisiert. Das mittelfristige Ziel von 16 Prozent wurde wie in den vergangenen Semestern klar übertroffen. Im ersten Semester 2012 sank die Cost/Income Ratio unter den mittelfristig angestrebten Zielwert von 65 auf 59 Prozent. Dies kam vor allem aufgrund des gleichbleibenden Bruttoerfolgs von CHF 125,7 Mio. bei gleichzeitig reduzierten Sach- und Personalkosten zustande.

NEUE BANK MIT GUTEM ERGEBNIS

Zwanzig Jahre nach Aufnahme des Geschäftsbetriebes hat die Neue Bank in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres und ungeachtet der anhaltenden Unsicherheiten in der Eurozone sowie der sich verschlechternden globalen Konjunkturaussichten ein insgesamt beachtliches Ergebnis erzielt. In einem weiterhin anspruchsvollen Marktumfeld erhöhte sich im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2011 der Gewinn um zehn Prozent auf CHF 5,5 Mio. Der Erfolg aus dem Zinsgeschäft konnte dank höherer bilanzwirksamer Durchschnittsbestände um 29 Prozent auf CHF 4,1 Mio. gesteigert werden. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft verringerte sich aufgrund der bescheidenen Kundenaktivitäten im Wertschriftenhandel um zehn Prozent auf CHF 6,2 Mio. Die Neue Bank verzeichnete eine Steigerung des Netto-Neugeldzuflusses im ersten Halbjahr 2012 um vier Prozent und die betreuten Kundenvermögen konnten auf beinahe CHF 4 Mrd. ausgeweitet werden. Die Bilanzsumme erhöhte sich gegenüber dem Jahresultimo 2011 um rund zehn Prozent auf CHF 1,3 Mrd.

FINANZPLATZ PRÄSENTIERT SICH IN FRANKFURT

Anlässlich eines hochkarätigen Anlasses der Verlagsgruppe Handelsblatt hat sich der Fonds- und Finanzplatz Liechtenstein im Oktober 2012 in Frankfurt präsentiert. Zahlreiche Referenten seitens der Verbände und der Regierung zeigten die neuesten Entwicklungen Liechtensteins auf und diskutierten mit Finanzplatzvertretern aus Luxemburg und Deutschland über die Rahmenbedingungen am Finanzplatz. Der Anlass stand dabei ganz im Zeichen Liechtensteins als attraktiver und kompetitiver

News

Fortsetzung von Seite 7

Fonds- und Managerstandort nach der AIFM-Richtlinie im Herzen Europas.



LIECHTENSTEIN PRÄSENTIERT SICH IN JAPAN

Adolf E. Real, Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes, begleitete Anfang Oktober 2012 die liechtensteinische Delegation

um S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und Regierungschef Klaus Tschütscher auf einen viertägigen Arbeitsbesuch nach Japan. Für den Regierungschef und den Erbprinzen war es der erste offizielle Staatsbesuch in Japan. Adolf E. Real diskutierte mit verschiedenen Finanz- und Wirtschaftsfachleuten über die aktuellen Herausforderungen und die strukturellen, institutionellen und kulturellen Unterschiede der beiden Standorte. Neben den Chancen, die diese Unterschiede bieten, wurden auch die Hindernisse diskutiert. Beispielsweise ist es für ausländische Finanzunternehmen immer noch schwer, sich in Japan zu etablieren. Für Regierungschef Tschütscher stand der Abschluss des Steuerinformationsabkommens (TIEA) und die angestrebte weitere Vertiefung der Steuerkooperation durch ein Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) sowie Fragen der Finanzstabilität im Mittelpunkt seines Treffens mit dem japanischen Finanzminister Koriki Jojima. Japan zählt zu den zehn wichtigsten Handelspartnern Liechtensteins. Dabei ist das Land nicht nur aufgrund seiner Kaufkraft für die liechtensteinischen Unternehmen interessant, sondern auch wegen seiner Funktion als Tor in andere asiatische Märkte.

SEHR GUTE EWR-UMSETZUNGSQUOTE FÜR LIECHTENSTEIN

Liechtenstein hat 99,5 Prozent der insgesamt 1'370 EU-Binnenmarkttrichtlinien (Stichtag 30. April 2012) in nationales Recht umgesetzt. Dies gibt die EFTA-Überwachungsbehörde in der jüngsten Ausgabe ihres Umsetzungsberichtes bekannt. Ende April waren im EWR insgesamt 6'555 EU-Rechtsakte anwendbar. Gegenüber dem letzten Umsetzungsbericht ist die liechtensteinische Umsetzungsquote von 99,6 auf 99,5 Prozent leicht zurückgegangen. Die beiden anderen EWR/EFTA-Staaten Island und Norwegen erreichen eine Umsetzungsquote von 98,2 beziehungsweise 98,7 Prozent. Liechtenstein hat bei jedem EU-Rechtsakt, der zur Übernahme ins EWR-Abkommen ansteht, das Recht, der Übernahme zuzustimmen und, wo notwendig, länderspezifische Anpassungen vorzunehmen. Dies ermöglicht es, auch internationale Interessen zu wahren.

LIECHTENSTEIN AM ERSTEN BIOMIMICRY SUMMIT IN ZÜRICH

Vom 29. bis 31. August 2012 trafen sich die führenden Akteure der Biomimicry-Szene in Zürich. Unter dem Titel „Biomimicry Innovation and Finance Summit“ kamen erstmals etwa 100 Wissenschaftler und Firmenvertreter aus den USA und aus über zehn europäischen Ländern zusammen. Mitinitiant des Anlasses ist der Schweizer Wirtschaftsverband swisscleantech, der auch von der LIFE Klimastiftung Liechtenstein mit unterstützt wurde. Der Anlass ist das europäische Pendant zur US-Biomimicry-Konferenz die zweijährlich in San Diego stattfindet. Der Summit hat das Ziel, die Bedeutung des Themas Biomimicry bei

Wissenschaft und Wirtschaft zu verankern und schliesslich die privaten Investitionen im Bereich Biomimicry anzukurbeln. „Mit Biomimicry erschliessen wir systematisch Wissen aus der Natur. Das ist für eine grüne Wirtschaft unumgänglich. Biomimicry bietet eine Methodik, die Ressourcen- und Energieeffizienz zu erhöhen“, sagte Nick Beglinger, Präsident von swisscleantech, anlässlich der Veranstaltung. Eine der bekanntesten Biomimicry-Innovationen wurde bereits 1948 von George Mistral, Absolvent der ETH Lausanne, entdeckt und höchst erfolgreich an den Markt gebracht: Der Mechanismus der Klettfrucht diente als Schablone für den heute weltweit eingesetzten Klettverschluss.

WIRTSCHAFT UND GEMEINNÜTZIGKEIT KOMMEN SICH NÄHER

„Impact Investing“ stösst auf wachsendes Interesse bei Investoren und Unternehmen. Es wird zunehmend erkannt, dass Investieren auch nach sozialen, kulturellen und ökologischen Kriterien stattfinden muss. Vor diesem Hintergrund fand am 24. September 2012 das „1st Impact Forum Liechtenstein“ in Schaan statt. Über 100 geladene Gäste aus Wirtschaft, Finanz und Politik haben daran teilgenommen. Organisiert wurde die Veranstaltung von der Gemeinschaftsstiftung Rheintal. Internationale Referenten zeigten, wie und wo sich Interessierte über Produkte und Bewertungen informieren können und welche Auswahlkriterien besonders bedeutend sind. Anhand eines konkreten Beispiels wurde erläutert, wie ein nachhaltiges Investment aufgebaut sein muss, damit es anerkannten Standards entspricht, und welche Funktionen, Personen und rechtliche Vorschriften für ein Management notwendig sind, um den aktuellen Anforderungen der Europäischen Union zu entsprechen. Die Experten forderten

gezielt die Ausbildung von Impact-Investment-Beratern. Grosse Chancen für den Standort Liechtenstein sahen sie in der Einführung der AIFM-Richtlinie mit Jahresbeginn 2013.

LBV FÜHRTE ERSTEN EMIR-INFORMATIONSNANLASS DURCH

Die neue EU-Verordnung namens EMIR (European Markets Infrastructure Regulation) könnte die Marktinfrastruktur für OTC-Derivate in Europa grundlegend umgestalten. Die wesentlichsten Neuerungen sind die Pflicht zum Clearing von OTC-Derivaten über zentrale Gegenparteien, der verpflichtende Einsatz von Risikominderungstechniken und die Meldung sämtlicher OTC-Derivate an Transaktionsregister. Damit soll der ausserbörsliche Handel mit Finanzderivaten wie Credit Default Swaps oder Interest Rate Swaps transparenter und sicherer werden. Mit dem Ziel, einen ersten Gedankenaustausch über die sich daraus ergebenden praktischen Fragen zu führen, hat der LBV am 8. Oktober 2012 einen Informationsanlass durchgeführt. Mehr als 40 Praktiker haben zusammen mit den Referenten, zu denen Markus Berjak (LGT), Renate Schwob (Schweizerische Bankiervereinigung) und Alexander Merriman (SIX Securities Services) zählten, das Thema diskutiert.

CARLO Foundation

Nachhaltigkeitsrating bringt Transparenz

Im Sommer 2012 wurde die CARLO Foundation als erste unabhängige, nachhaltige und internationale Ratingstiftung gegründet. Die gemeinnützige Stiftung hat sich zum Ziel gesetzt, ein unabhängiges Finanzprodukterating zur Förderung eines nachhaltigen Finanzmarktes aufzubauen.

von Simon Tribelhorn



Gründer der CARLO Foundation sind in einer Private-Public-Partnership die Deutsche Umweltstiftung, die Regierung des Fürstentums Liechtenstein, die MAMA AG und der Liechtensteinische Bankenverband. Die Gründer haben sich zum Ziel gesetzt, dieses Projekt in den kommenden Monaten gemeinsam international zu entwickeln. „Mit der Agenda 2020 hat die liechtensteinische Regierung den Grundstein für eine nachhaltige Entwicklung Liechtensteins gelegt“, sagte Stiftungsratspräsident und Regierungschef des Fürstentums Liechtenstein, Klaus Tschüscher, anlässlich der Vorstellung in Berlin. „Mit der CARLO Foundation kommt ein wichtiger Baustein für ein Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit dazu. Wir können damit Liechtensteins Neuausrichtung eindrucksvoll und nachhaltig unter Beweis stellen.“

Bankenverband will neue Wege aufzeigen

Die Finanzmärkte sind die Ölpumpe und das Schmiermittel für die globale Wirtschaft. Sie nehmen deshalb eine zentrale Funktion für eine langfristige und nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft ein. Das war auch der Grund für den Liechtensteinischen Bankenverband, sich zu engagieren und das Projekt mit voranzutreiben. „Der Liechtensteinische Bankenverband ist sich der grossen Verantwortung des Finanzplatzes Liechtenstein bewusst. Wir sind daran interessiert, neue Wege aufzuzeigen und zu ermöglichen. Das Thema Nachhaltigkeit wird dabei für eine Neuausrichtung

vieler Portfolios sorgen. Hier brauchen wir als Finanzplatz, wie als Verband, die Kompetenz und Transparenz für ein zukünftiges vertrauensvolles Miteinander“, erklärte Adolf E. Real, Präsident des Liechtensteinischen Bankenverbandes und Mitglied des Stiftungsrates der CARLO Foundation. Die gemeinnützige Stiftung soll unter anderem auch aktiv dabei helfen, dass nachhaltige Unternehmen und Finanzprodukte leichter Investoren finden und sich so am Markt durchsetzen werden. Transparenz und Nachhaltigkeit ist jedoch ein globales Thema, das sich nicht auf einzelne Regionen einschränken lässt. Die CARLO Foundation ist deshalb bestrebt, weitere Träger und Partner aus vielen weiteren Regionen und Nationen zu gewinnen, die bereit sind, sich einzubringen, das Thema Nachhaltigkeit zusammen mit den Initianten weiterzuentwickeln und Verantwortung zu übernehmen.

Ganzheitliches Nachhaltigkeitsrating

Die Bewertung von Nachhaltigkeitsleistungen auf den Finanzmärkten ist gegenwärtig von enormen Interessenkonflikten und Intransparenz geprägt. Derzeit existieren neben rein finanziellen lediglich noch rein nachhaltige Bewertungsansätze. Den bekannten finanziellen Ratinginstituten wie Standard & Poor's, Moodys und Fitch stehen im Nachhaltigkeitsbereich oekom research, imug, SAM und andere gegenüber. Es gibt kein einziges Rating, das die finanziellen und nicht-finanziellen Aspekte integriert betrachtet. „Die bisherige Ratingpraxis ist weder nachhaltig noch transparent. Investoren, Politik und Gesellschaft brauchen jedoch klare Kriterien, um beurteilen zu können, wie nachhaltig Finanzprodukte



Von links nach rechts: Simon Tribelhorn – Geschäftsführer CARLO Foundation (Geschäftsführer Liechtensteinischer Bankenverband), Volker Weber – Geschäftsführer CARLO Foundation (Vorstand MAMA AG), Dr. Klaus Tschütscher – Stiftungsratspräsident CARLO Foundation (Regierungschef, Regierung des Fürstentums Liechtenstein), Jörg Sommer – Stiftungsratsvizepräsident CARLO Foundation (Vorstandsvorsitzender Deutsche Umweltstiftung), Adolf E. Real – Stiftungsratsmitglied CARLO Foundation (Präsident Liechtensteinischer Bankenverband), Dr. Henner Gladen – Stiftungsratsmitglied CARLO Foundation (Venture Partner MAMA AG)

und Unternehmen wirklich sind. Nur so können wir die dringend nötige Wende zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft voranbringen“, erklärte Jörg Sommer, Stiftungsratsvizepräsident der CARLO Foundation und Vorstandschef der Deutschen Umweltstiftung. Integrales Rating berücksichtigt sowohl Finanzdaten als auch nachhaltige (nicht finanzielle) Aspekte. Denn nur Produkte, die ökologisch sinnvoll sowie gesellschaftsorientiert sind und sich auch finanziell lohnen, können zukünftig am Markt bestehen und einen lebenswerten Alltag für die stetig wachsende Bevölkerung auf der Welt unterstützen.

Rendite als auch Gutes für Mensch und Natur

Ziel ist deshalb eine mehrdimensionale Rendite für alle Marktteilnehmer. Zu diesem Zweck entwickelt die CARLO Foundation einen integralen Mindeststandard für Finanzprodukte nach wissenschaftlich erhobenen Kriterien und bewertet (zunächst) Finanzprodukte auf ihre Transparenz und die Möglichkeiten einer multiplen Rendite. Ein unabhängiges und ganzheitliches Nachhaltigkeitsrating bringt die nötige Transparenz in den Markt und liefert damit authentische Orientierungshilfen für die Kunden. Im Fokus der CARLO Foundation stehen in erster Linie das Rating von Finanzprodukten sowie die Verbraucheraufklärung und der Verbraucherschutz. Um die Unabhängigkeit der Bewertung zu wahren, soll die CARLO Foundation gemäss Stiftungsratspräsident Tschütscher über ein unabhängiges Ratingkomitee aus angesehenen Wirtschafts- und Nachhaltigkeitsexperten als letzte Bewertungsinstanz verfügen. Als Basis diene eine Bewertung

aller sozialen, ökologischen und ökonomischen Aspekte eines Finanzproduktes. „Die Ergebnisse der Ratings werden wir transparent dokumentieren und durch geeignete Labels kenntlich machen. Der nachhaltig ausgerichtete Kunde soll schlussendlich verstehen und entscheiden können, dass sein Geld Zinsen bringt und gleichzeitig Gutes für Mensch und Natur bewirken kann“, so Tschütscher.

Transparenter Finanzmarkt

Der Name CARLO Foundation gehe auf den international akzeptierten Begründer der Nachhaltigkeit Carl von Carlowitz zurück, erklärte Co-Geschäftsführer Volker Weber anlässlich der Präsentation. „Durch die Bezeichnung ‚Rating-Stiftung‘ statt Ratingagentur möchten wir uns bewusst von den profitorientierten Rating-Agenturen abgrenzen und unseren unabhängigen Status unterstreichen.“ Die CARLO Foundation und ihre Träger stehen dafür ein, einen zunehmend transparenten Finanzmarkt zu entwickeln, und laden Banken, Investoren, Finanzplätze und die Zivilgesellschaft zu einem internationalen Dialog ein. Als erstes Dialoginstrument wurde deshalb die Internetplattform www.carlofoundation.org im September 2012 online gestellt. In diesem Zusammenhang wurde auch das neue Logo der gemeinnützigen CARLO Foundation vorgestellt. Dieses wurde in einem internationalen Design-Contest ausgeschrieben und unter 1'391 Vorschlägen ausgewählt. An dem Wettbewerb hatten Designer von sechs Kontinenten teilgenommen.

7. Liechtensteinischer Bankentag

Innovation und Stabilität

Unter dem Motto Innovation und Stabilität fand am 22. August 2012 der 7. Liechtensteinische Bankentag in Vaduz statt. Der renommierte spanische Wirtschaftsprofessor Xavier Sala i Martin war als Gastreferent geladen und widmete sich ganz dem Thema Innovation. In ihren Ansprachen äusserten sich Verbandsspitze und Regierungschef zuversichtlich über den Finanzplatz.

von Rafik Yezza

Der Liechtensteinische Bankentag gehört zu den hochkarätigsten Anlässen des Finanzplatzes und findet alle zwei Jahre statt. Höhepunkt des Abends war der Vortrag des mehrfach ausgezeichneten spanischen Ökonoms Xavier Sala i Martin, der pointiert, humorvoll und mit viel Sachverstand die Teilnehmenden fesselte. Sein Blick über den Tellerrand galt ganz der Innovation. Der Innovation verschrieben haben sich auch die liechtensteinischen Banken. Wie die Vertreter des Bankenverbandes im Vorfeld anlässlich eines Mediengesprächs erklärten, sei Abwarten keine Option. So habe man sich mit der vor über einem Jahr vorgestellten Roadmap 2015 einer nachhaltigen Zukunftsstrategie verschrieben, die auf innovativen Ideen beruht und gleichzeitig Stabilitätsfaktoren in den Vordergrund rückt.

Roadmap mit ersten Ergebnissen

Über ein Jahr nach Vorstellung der Finanzplatzstrategie des Bankenverbandes konnte Geschäftsführer Simon Tribelhorn erste Ergebnisse vermelden. So sei das UCITS-Gesetz wie auch die AIFM-Richtlinie mit vereinten Kräften auf den Weg gebracht worden. Die Banken rechnen sich hier grosse Chancen aus. Auch habe man in den vergangenen Monaten den Finanzplatz jenseits der Grenzen mit all seiner Vielfalt gut präsentieren können. Das Interesse sei gross gewesen und auch das Bild von Liechtenstein

wandle sich zunehmend in positiver Hinsicht. Weiter wurden Massnahmen zur Untermuerung und Aufrechterhaltung der Stabilität des Platzes gesetzt und mit einer übergreifenden Konsultationsgruppe wurde ein Frühwarnsystem für Chancen und Risiken von EU-Regulierungen installiert. Besonders hob Tribelhorn die Bemühungen im Nachhaltigkeitsbereich hervor. „Wir sind auf dem Weg zu einem Nachhaltigkeits-Kompetenzzentrum“, konstatierte er. So kooperieren die beiden Klimastiftungen Liechtenstein und Schweiz künftig, was auch den liechtensteinischen KMU zugutekommen soll. „Das Thema Steuerkooperation ist, wie Sie sehen, nur eines unter vielen“, so Tribelhorn. Und dennoch komme ihm nach wie vor ein grosser Stellenwert zu. Der LBV stehe klar für eine Steuerkonformitätsstrategie. Zu einer nachhaltigen Zukunftsstrategie gehöre es deshalb auch, Lösungen für die Vergangenheit zu finden und eine Brücke in die Zukunft zu bauen.

Straffe Agenda

Mit Blick auf die Zukunft verwies Verbandspräsident Adolf E. Real in seiner Begrüssungsrede auf das nach wie vor herausfordernde Wettbewerbsumfeld. „Das Umfeld hat sich für die Finanzindustrie in den letzten fünf Jahren signifikant verändert“, so Real. Die Entwicklungen auf globaler Ebene hätten zu einem erheblichen Anpassungsdruck geführt. Auch sei die verschärfte Regulierung



kein vorübergehender Trend, sondern bringe eine nachhaltige Veränderung auch des Bankings mit sich. So seien die Ziele hoch gesteckt. Die Bankbranche müsse das Vertrauen wieder zurückgewinnen. Die Zukunft – das machte Real einmal mehr deutlich – gehört klar den deklarierten Vermögen, die Banken müssen sich wieder auf das eigentliche Bankgeschäft fokussieren können. Kurzum: „Wir müssen in der Lage sein, in einem zunehmend von Transparenz geprägten Umfeld und unter Einhaltung der jeweils anwendbaren Rahmenbedingungen für eine anspruchsvolle, international ausgerichtete Kundschaft massgeschneiderte Produkte und Dienstleistungen anzubieten.“ Das bisher Erreichte zeigt gemäss Real, dass auch ein kleines Land mit knappen Ressourcen gemeinsam viel erreichen kann. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Umwälzungen der letzten Jahre und der Transformationsprozess bei Weitem noch nicht abgeschlossen sind. „Der Weg ist lang und kein einfacher“, sagte Real. Für die kommenden Jahre habe sich der Bankenverband deshalb eine straffe Agenda mit einer klaren Handlungsmaxime gesetzt. Liechtenstein begreife dabei die zunehmende Regulierung als Chance, sich als First-Mover zu etablieren und umfangreiches Know-how aufzubauen, das in Zukunft als Visitenkarte für den gesamten Finanzplatz dienen wird. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, sei eine abgestimmte, integrierte Finanzplatzstrategie

notwendig. „Dies würde unseren Standort noch stärker, noch effizienter und noch sicherer machen“, so Real. Deshalb wolle man nach neuartigen Ideen suchen und auch über den Tellerrand schauen. Innovation sei hier das Stichwort. Deshalb habe der Bankenverband den renommierten Ökonomen Xavier Sala i Martin anlässlich des 7. Liechtensteinischen Bankentages nach Vaduz eingeladen, um einen Blick über den Tellerrand zu ermöglichen und neue Ansätze für innovatives Handeln aufzuzeigen. Über 250 Vertreter aus der Bankenwelt, der Wirtschaft, Politik und Gesellschaft folgten der Einladung des Bankenverbandes an diesem Tag in den Vaduzer Saal.

„Ein kleines Land mit knappen Ressourcen kann gemeinsam viel erreichen.“

Für mutige Variante entschieden

Regierungschef Klaus Tschüscher richtete ein Grusswort an die Gäste. „Wer in der Dynamik unserer Welt stehen bleibt, verändert sich in eine gefährliche Richtung“, sagte er. Deshalb habe er sich



Fortsetzung von Seite 13

auch über die Aussage des Bankenverbandes gefreut, der in seiner Einladung geschrieben habe, die Zeit sei reif für Innovationen, gleichzeitig trage aber das Bewährte zur Stabilität bei. „Genau diesen Balanceakt müssen wir heute als Staat und als Finanzplatz bewältigen“, so Tschüscher. Liechtenstein habe konsequent gehandelt, indem es das nicht mehr zeitgemässe Finanzplatzmodell durch eine nachhaltige, europakompatible Standortpolitik abgelöst habe. Die auch damit verbundenen grossen Einnahmeausfälle seien laut Tschüscher als Investitionen zu sehen, als Preis für zukunftsfähige Strukturanpassungen. „Auch wenn dieser Preis manchen in der Branche hoch erscheinen mag, wird der dadurch neu gewonnene Handlungs- und Gestaltungsraum sowie die Rechtssicherheit durch die neuen, mit der europäischen Finanz- und Fiskalpolitik abgestimmten liechtensteinischen Positionen mehr als wettgemacht“. Die Reputation des Finanzplatzes habe sich seither nachhaltig verbessert. Dies hauptsächlich deshalb, weil man nicht nur punktuell, sondern ganzheitlich und aus Überzeugung einen Weg eingeschlagen habe, der nicht ganz einfach ist und vielen Marktteilnehmern in Liechtenstein enorm viel abverlangt. „Wir haben uns für die mutige Variante entschieden und damit die Grundlage für den integren, qualitativen und innovativen Finanzplatz der Zukunft gelegt“, führte Tschüscher weiter aus.

Mut, Ausdauer und Biss

Von Mut sprach auch Verbandspräsident Adolf E. Real in seiner Präsidialansprache. In den letzten Jahren hätten die Finanzplatzteilnehmer weitestgehend geeint mutige Entscheidungen getroffen. Wegweisende Entscheidungen in einem äusserst turbulenten und unsicheren Umfeld. „Und“, so Real, „wir haben es verstanden, aus diesen Entscheidungen auch die richtigen Massnahmen abzuleiten.“ So habe man in den letzten Jahren einen exzellenten Finanzplatz aufgebaut. Der Bankenverband habe sich seit Jahren dem Thema Nachhaltigkeit verschrieben und verschiedene Initiativen ins Leben gerufen. Real verwies aber auch selbstkritisch auf die längere Vergangenheit, in der „uns die Jahre des schnellen Aufstiegs und Wohlstandes träge gemacht und den Blick auf die Zukunft getrübt haben“. „So manch eine Entwicklung wurde schlicht verschlafen. Wir glaubten am Finanzplatz lange, auf Innovation verzichten zu können, und wählten stattdessen die Strategie der Verteidigung“, sagte Real. Die bittere Antwort darauf habe man inzwischen erhalten und jeder habe seine eigenen Erfahrungen damit machen können. „Viele davon waren schmerzvoll.“ „Aber“, so Real, „sie waren unvermeidlich.“ Man habe inzwischen gelernt und die richtigen Schritte unternommen. Real nutzte die Gelegenheit, sich dafür bei allen Mitstreitern zu bedanken. „Wir lernen gerade, Altes loszulassen, um Neues aufzubauen.“ Zur Zukunft



sagte Real abschliessend: „Wir sollten uns nichts vormachen, es wird auch in den kommenden Monaten, vielleicht Jahren, nicht einfach werden. Aber wir haben Ja gesagt, ja zur Zukunft und zu einer nachhaltigen Entwicklung.“ Nun brauche es Ausdauer, Biss und Durchhaltewillen. Und man dürfe der Welt durchaus zeigen, „was wir können und was wir erreicht haben“. Aber auch, was der Finanzplatz noch vorhabe, schloss Real.

„Liechtenstein hat konsequent gehandelt.“

Chancen nutzen

Nach dem eindrücklichen Vortrag von Xavier Sala i Martin (siehe S. 16) schloss Geschäftsführer Simon Tribelhorn den offiziellen Teil des Bankentages und lud zum Networking-Apéro. In seinem Schlusswort appellierte er an alle Teilnehmenden, die Chance der Innovation auch zu nutzen. „Unsere Zeit ist gekommen. Die Zeit, aus Ideen und Chancen neue fundamentale Grundlagen für unseren Finanzplatz zu schaffen. Wir haben die Chance zur Innovation und wir werden sie nutzen“, sagte er. Nicht zuletzt sei

es in einer derart turbulenten, unsicheren und instabilen Zeit ein erstklassiges Zeugnis, „dass unsere Banken stabil sind und trotz aller Verunsicherungen und Versuchungen an den Märkten ihren bewährten, langfristigen und risikoaversen Geschäftsstrategien treu geblieben sind.“ Auch er dankte allen Beteiligten für die Zeit und Kraft, die in den Veränderungsprozess investiert worden seien. Er zeigte sich überzeugt, dass der Finanzplatz die richtige Strategie habe und über das entsprechende Know-how verfüge, um sich zu entfalten.

Innovation fängt ganz klein an

Xavier Sala i Martin war Gastreferent am 7. Liechtensteinischen Bankentag und holte die Zuhörer mit Humor, Energie und viel Spannung in die Welt der Innovation. Je länger er auf der Bühne war, umso enthusiastischer wurde er.

von Andrea Brüllmann

Vor sechs Millionen Jahren wurde die Erde von einem Meteoriten getroffen. Es haben nur jene Wesen überlebt, die sich den neuen Gegebenheiten so rasch als möglich anpassen konnten. Xavier Sala i Martin, Gastreferent am 7. Liechtensteinischen Bankentag – einer der hochkarätigsten Anlässe am Wirtschaftsstandort Liechtenstein, der alle zwei Jahre stattfindet –, startete seine spannungsgeladene und mit Humor und zahlreichen Fakten vorgetragene Innovationspredigt mit dem Bild des Meteoriteneinschlags. „Und heute“ – sagt der agile Spanier und Topökonom – „haben wir wieder einen Meteoriteneinschlag.“ Allerdings etwas anderer Art: Innert kürzester Zeit strebten vier Milliarden in vieler Hinsicht hungrige Menschen auf den globalen Markt, die ebenso gut wie der wohl situierte Westen leben wollen, und tun das, was der Westen lange glaubte, als Monopol zu besitzen. Sie produzieren die gleichen Waren wie der Westen, allerdings alles schneller und billiger. „Und was tun wir im Westen?“, fragt der Professor und antwortet gleich selbst. Wir können nicht noch billiger produzieren. Jeder Versuch würde kläglich scheitern. Deswegen braucht der Westen Innovation und dies „um zu überleben, nicht um zu wachsen“. Und er stellt gleich zu Beginn klar: „Innovationen entstehen nicht in der Forschungsabteilung, sondern zu 72 Prozent beim einfachen Bürger und Arbeiter an der Front.“ Nur acht Prozent der Innovationen kämen aus den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen dieser Welt. Bereits die industrielle Revolution und die Aufklärung hatten ihren Ursprung in einfachen Cafés. In einem Prozess des Austauschs. „Ideen haben mit dem Austausch von Menschen zu tun. Die Leute reden miteinander und tauschen Ideen aus.“

Innovation braucht Experimente

Der Staat sei hier vollkommen fehl am Platz, so Sala i Martin. „Wenn der Staat kontrolliert, was gute und was schlechte Ideen

sind, dann sterben die Ideen.“ Und: „Wer schöpferisch sein will, muss auch falsche Ideen haben und falsche Entscheidungen treffen können. Innovation braucht Experimente. Wenn eine Regierung diejenigen mit dem Entzug der Finanzierung bestraft, die falsche Ideen gehabt haben, dann wird es keine Ideen mehr geben“, ist Sala i Martin überzeugt. Regierungen seien in Sachen Wettbewerb und Innovation nicht objektiv. Und er legt noch nach: „Regierungen wissen eigentlich gar nichts. Sie wissen nicht, wohin sich gewisse Sektoren entwickeln.“ Auch ihre Innovationsberater nicht. Alles also Spekulation. Forschung und Entwicklung stünden konträr zur Innovation. So seien auch die Lissabon Agenda, sogenannte Clusters und nicht zuletzt auch das Silicon Valley die falschen Ansätze, weil Geld in Forschung gesteckt würde statt in Ideen „des einfachen Mannes“, die sich jeden Tag anbieten würden.

„Der Westen braucht Innovation, um zu überleben.“

Anders sein, nicht nur besser

Man muss unterscheidbar sein, anders sein, innovativ sein. Der Mann mit dem lila Sakko und der schwarzen Krawatte passt gut in das Ambiente und die Stimmung im Vaduzer Saal. So anders ist eigentlich auch er nicht als die Gäste im Saal, daran ändert auch sein farbiges Sakko nichts. Aber er meint mit tiefster Überzeugung, was er sagt, und am Schluss gibt er auch seine eigene Innovation zum Besten. Er spricht schnell und je länger die Bühne die seine ist, umso enthusiastischer wird er. Sala i Martin bringt Beispiele fürs Anderssein. Zara, Starbucks, Cirque du Soleil oder



Ikea, sie alle sind auf ihre Art innovativ. Gemeinsam ist ihnen, dass sie alle aus traditionellen Branchen wie Textil, Kaffee oder Zirkus stammen und dabei aus völlig verschiedenen Regionen der Erde. Sie haben sich alle neuen Entwicklungen angepasst. Starbucks hat zum Kaffee das Wi-Fi serviert. Zara die Order per PDA und der Cirque du Soleil hat die einfache Strassenkunst ohne jegliche Tierschau wieder auf die Bühne gebracht. Die Innovationen in diesen Beispielen kamen von Arbeitern, Strassenkünstlern, Studenten, Poeten und Lehrern. Des Professors „lesson learned“: Alle Sektoren in allen Ländern müssen innovativ sein. „Es gibt kein optimales System für die ganze Welt.“ Innovation fängt ganz klein an. In jedem Land, in jedem Sektor, in jedem Unternehmen, bei jedem einzelnen Menschen.

Rezepte für Innovation

Was aber sind nun die Rezepte für gute Innovation? Innovation sei die Summe aus Kreativität und Implementierung, sagt der Ökonom. Nur gute Ideen zu haben, nütze wenig, wenn sie nicht umgesetzt werden können. Ebenso wenig sinnvoll ist es, Ideen einfach nur zu kopieren. Keiner weiss genau, welche Idee erfolgreich sein wird. Seine wichtigsten Empfehlungen lauten daher: Adaptieren: Es ist wichtig, neue Technologien und ihre Vorreiterrolle zu akzeptieren. Man müsse adaptieren, um den Zug nicht zu verpassen. Kultivieren: Gute Führungskräfte ermöglichen Innovation dank einer Innovationskultur. Sie müssen nicht selbst Ideen haben, aber sie müssen sie fördern. Unternehmen, auch Banken, müssen eine Kultur schaffen, in der die Mitarbeitenden selbst Ideen entwickeln. Ideen finden sich in allen Sektoren, nicht nur in der Forschungsabteilung und im Marketing. Jeder ist ein potenzieller Innovator. Kombinieren: Oft führt erst richtige Kombination der Ideen zum Erfolg. „Ideas have sex“, sagt Sala i Martin. Eine Zusammenarbeit auf allen Ebenen ist deshalb

so wichtig. „Keiner von uns ist schlauer als alle zusammen“, schmettert er, inzwischen heftig auf und ab laufend, in den Saal. Diversifizieren: Auch in der Innovation sollte diversifiziert werden. So lösen Teams, deren Mitglieder sich in Alter, Geschlecht, Beruf, Herkunft und Hierarchie unterscheiden, die besten Ideen aus. Play: Sala i Martin legt Wert auf die Aussage, dass Ideen nicht statisch, nicht gut oder schlecht sind. Sie sind dynamisch. „Spielen Sie mit Ideen, seien Sie erstaunt, stellen Sie ‚dumme‘ Fragen“, sagt er. Und last but not least seien die wichtigsten Voraussetzungen für Innovation Engagement und Leidenschaft. Dafür müsse ein Unternehmen Sorge tragen. „Arbeiter und Angestellte sind nicht Teil einer Maschine.“

Jeder ist ein guter Fussballer

Erfahrungen bringt er als Ex-Präsidiumsmitglied abschliessend auch vom FC Barcelona ein. Er führt den Erfolg des besten Fussballteams der Welt darauf zurück, dass die Spieler sich frei fühlen dürfen. Sie denken autonom und innovativ. Sie haben das Gefühl, dazuzugehören, mitzureden und – das Wichtigste, so Sala i Martin – eine wichtige Rolle im Ganzen zu spielen. Der Professor hatte das Zeitbudget stark überzogen, aber Innovation lässt sich eben nicht so einfach auf eine Stunde reduzieren. Das wurde an diesem Abend einmal mehr deutlich. Die Teilnehmer waren unisono begeistert. Nicht zuletzt hatte Sala i Martin in seinem Vortrag auch die angeblich weniger talentierten Fussballer im Saal beruhigen können: Dass sie nicht bei den Besten spielten, habe allein mit ihrem Geburtsmonat zu tun. Denn nur die im ersten Halbjahr Geborenen kämen in der Mannschaft weiter. Nicht weil sie besser sind, sondern weil es sich hier um einen schlichten Systemfehler bei der Zusammenstellung der Jahrgänge handle.

Wir haben eine klare Haltung

An praktisch allen Fronten sieht sich die Finanzindustrie derzeit mit signifikanten Herausforderungen konfrontiert. Das aber kann auch als Chance begriffen werden. So kritisch viele die Finanzwelt betrachten, aus globalen Möglichkeiten werden oft erst dank ihrer handfesten Erfolge. LBV-Geschäftsführer Simon Tribelhorn nimmt zu den aktuellen Entwicklungen Stellung.

Interview mit Simon Tribelhorn

Herr Tribelhorn, als Geschäftsführer sind auch Sie, neben dem Präsidenten, viel im Ausland und repräsentieren den Finanzplatz. Welches Feedback erhalten Sie?

Ein sehr positives. Man hört uns zu und nimmt uns wahr. Wir sind aber auch nicht ganz oben auf der Agenda unserer Gesprächspartner. Das ist in Anbetracht der wesentlich grösseren Herausforderung in Bezug auf die Eurokrise und die Auswirkungen der Finanzkrise auch nachvollziehbar. Wir stellen fest, dass wir immer mehr als zuverlässiger und glaubwürdiger Partner gelten. Das stärkt uns, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Peer Steinbrück ist nun Spitzenkandidat der SPD für die kommende Bundestagswahl 2013. In der Schweiz ist dies ein grosses Thema, nicht zuletzt auch aufgrund verbaler Schlagabtausche. Wie sehen Sie dies aus liechtensteinischer Perspektive?

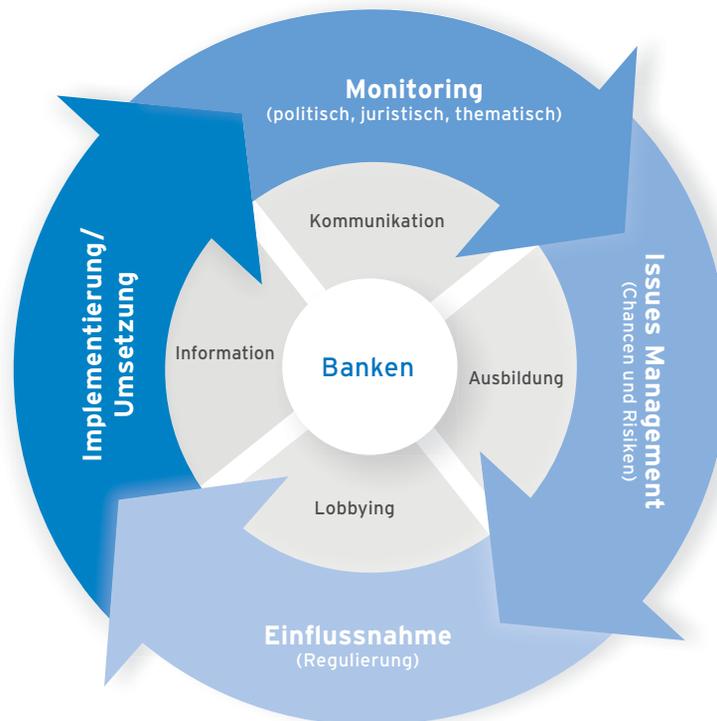
Wir werden uns gewiss nicht an einer Wahlkampfdiskussion beteiligen. Grundsätzlich pflegen wir, wie die Schweiz auch, sehr gute Kontakte zu allen Parteien in Deutschland und auch zwischen unseren Regierungen sind in den letzten Jahren fruchtbare Beziehungen entstanden. Ein konstruktiver Dialog ist heute wichtiger denn je. Aber Dialog braucht immer zwei Seiten und offen gesagt, mussten wir hier auch zuerst lernen, Kritik anzunehmen und uns dieser zu stellen. Wir gehen davon aus, dass das gute Verhältnis auf politischer und fachlicher Ebene auch in Zukunft so bleiben wird, unabhängig, wer die Regierung bei unserem wichtigen Partner Deutschland stellt.

Die deutsche SPD und andere Parteien haben das Steuerabkommen mit der Schweiz für „tot“ erklärt. Der Verband steht in seinen bisherigen Voten generell noch dafür ein. Reiten Sie ein totes Pferd?

Der LBV steht ganz klar ein für eine Steuerkonformitätsstrategie. Die Zukunft gehört den deklarierten Geldern. Daran richten wir uns aus. Für eine nachhaltige Zukunftsstrategie gehört es aber auch dazu, Lösungen für die Bewältigung der Vergangenheit zu finden und eine Brücke in die Zukunft zu bauen. Aus diesem Grund halten wir die Aushandlung von Regularisierungslösungen für absolut zentral. In welcher Form dies schlussendlich erfolgt, wird sich weisen. Aber wir sind überzeugt, dass die Politik willens ist, eine bereits seit Jahren andauernde Diskussion zu beenden und sich der Zukunft mit all ihren Herausforderungen zuzuwenden.

Wie sieht denn diese Steuerkonformitätsstrategie in der Praxis aus?

Das ist eine Frage, die uns sehr häufig gestellt wird und die auf der Hand liegt. Die Umsetzung ist keinesfalls trivial, sondern vielschichtig. Grundsätzlich ist es immer noch so, dass der Kunde selbst für die ordnungsgemässe Deklaration und Versteuerung seines Vermögens nach den Bestimmungen seines Steuerdomizils verantwortlich ist. Das gilt nicht nur für Liechtenstein und die Schweiz, sondern weltweit. Ob ein Kunde seine Steuerpflicht erfüllt oder nicht, weiss somit mit Sicherheit nur der Kunde selbst. Die liechtensteinischen Banken sind sich des damit verbundenen Reputationsrisikos sehr bewusst und deshalb daran



Regulierung als Chance. Das Issues Management beim LBV

interessiert, in Zukunft ausschliesslich deklarierte Vermögen zu betreuen. Mit dem zwischen Liechtenstein und dem Vereinigten Königreich im Jahr 2009 abgeschlossenen Abkommen und den diversen Abgeltungssteuerabkommen gehen beide Länder weiter als der OECD-Standard und als alle anderen Länder. Nüchtern und sachlich betrachtet nehmen Liechtenstein und die Schweiz damit sogar eine Vorreiterrolle ein. Mit der Liechtenstein-Deklaration im März 2009 hat Liechtenstein sogar ausdrücklich ein entsprechendes Angebot auch an andere Länder öffentlich ausgesprochen. Damit haben Finanzplatz und Banken grosse Verantwortung übernommen.

Können Sie dazu ein konkretes Beispiel geben?

Die Banken haben sich im Rahmen eines selbst auferlegten Verhaltenskodex dazu verpflichtet, allfälligem nicht regelkonformen Verhalten ihrer Kunden gegenüber Behörden des In- und Auslandes, insbesondere gegenüber Steuerbehörden, weder durch unvollständige noch auf andere Weise irreführende Bescheinigungen Vorschub zu leisten. Aktuellster Ausfluss daraus ist die Richtlinie des Bankenverbandes von diesem September, worin sich die Banken verpflichten, auch vor dem Inkrafttreten allfälliger Abgeltungssteuerabkommen mit Deutschland und Österreich einer Verschiebung von Vermögenswerten aus dem Anwendungsbereich dieser Abkommen in keiner Weise aktiv Vorschub zu leisten. Die Banken und deren Mitarbeiter sind gehalten, jegliche Aktivitäten zu unterlassen, die als Unterstützung

zur Umgehung der zukünftigen bilateralen Abkommen gesehen werden könnten. Kunden, bei denen die Vermutung aufkommt, dass sie nicht steuerkonform sind, werden aktiv darauf hingewiesen, dass sie ihrer Steuerpflicht selbstverantwortlich nachzukommen haben, und es wird empfohlen, gegebenenfalls den Weg der Selbstanzeige zu beschreiten.

„Finanzplatz und Banken haben eine grosse Verantwortung übernommen.“

Sollte das Abkommen mit der Schweiz in Kraft treten, will sich auch Liechtenstein dem anschliessen. Der Finanzplatz erwartet dann auch einen Rückgang der Kundenportfolios. Wie wollen Sie neue Kunden gewinnen?

Wir haben grundsätzlich positive Aussichten. Nach weiteren gewiss schwierigen Monaten, vielleicht auch Jahren, sind wir überzeugt, dass die Anziehungskraft unseres Finanzplatzes mit all seinen Vorteilen seine Wirkung entfalten wird. Qualität und Stabilität zeichnen uns aus. Darauf können wir aufbauen und darauf dürfen wir durchaus auch stolz sein. Mit der Roadmap 2015 haben wir zudem eine klare Strategie jenseits der Steuerdiskussion festgelegt, um als attraktiver Standort auch im zunehmend

Fortsetzung von Seite 19

anspruchsvollen Wettbewerbsumfeld bestehen zu können. Wir haben viele Ideen, einige davon sind bereits umgesetzt, andere werden noch folgen. Mittel- bis langfristig erwarten wir einen positiven Trend.

„Wir analysieren ständig, in welche Richtung sich die Welt verändert.“

Nach wie vor wird im In- und Ausland die Bemerkung des Regierungschefs Klaus Tschütscher diskutiert, der sich in einem Interview grundsätzlich offen gegenüber dem automatischen Informationsaustausch zeigte. Der Bankenverband hat sich hier kritisch geäußert. Wo stehen die liechtensteinischen Banken in dieser Frage konkret?

Wir haben hierzu eine klare Haltung: Liechtenstein hat sich zur Kooperation in Steuerangelegenheiten bekannt, setzt die internationalen Standards konsequent um und wendet diese auch an. Ein automatischer Informationsaustausch entspricht nicht unserer Philosophie und ist mit dem Grundsatz des Vertrauensverhältnisses zwischen Bürger und Staat nicht vereinbar. Das bedeutet jedoch nicht, dass wir uns nicht mit dem automatischen Informationsaustausch und dessen Konsequenzen auseinandersetzen. Wir sind nicht blauäugig und analysieren ständig, in welche Richtung

sich die Welt verändert. Gerade dies ist eine Kernaufgabe des Verbandes. Wir haben uns auf eine Zukunftsstrategie geeinigt, die auf die Verwaltung von deklarierten Vermögen setzt. Ich denke ungeachtet dessen, dass das ganze Thema in einigen Jahren vielleicht obsolet sein wird, weil vermutlich ganz neue Systeme greifen werden. Wir dürfen daraus keine politische Debatte entfachen, sondern müssen uns an die Fakten und internationale Rahmenbedingungen halten und uns danach ausrichten.

Die Halbjahreszahlen der Banken für 2012 sind durchaus positiv. Sie erwarten dennoch eine Konsolidierung am Bankenplatz?

Wir positionieren uns als kleiner, aber feiner und nachhaltiger Finanzplatz in Europa. Wie viele Banken es schlussendlich in einigen Jahren sein werden, lässt sich nicht voraussagen. Fakt ist, dass viele Banken Effizienzsteigerungsprogramme durchführen, einen allfälligen Stellenabbau so sozial wie möglich gestalten und nicht zuletzt aktiv in Zukunftsprojekte investieren. Dazu müssen wir innovativ und eben nachhaltig sein.

Sie haben ein Hauptaugenmerk auf das Thema Nachhaltigkeit gelegt. Warum glauben Sie, liegt darin ein Erfolgsgeheimnis?

Weil es dazu keine echte Alternative gibt. Wir leben in einer Zeit, in der Paradigmen ausser Kraft gesetzt werden und grosse Veränderungen die bisherige Weltordnung infrage stellen. Wir müssen darin unseren Platz suchen und uns neu definieren. Mit nachhaltigen Themen, die ernsthaft verfolgt werden, setzen wir



© Michael Szönyi, GeoLand

langfristig auf die richtige Strategie. Es wird nicht schneller Profit das Ergebnis sein, sondern langfristige Stabilität eines gesamten Platzes mit seinen Arbeitsplätzen und seinem immer noch hohen Anteil am BIP des Landes.

„Wir haben unsere Zukunft selbst in der Hand.“

Viele verteufeln die Finanzwelt geradezu. Wie verschaffen Sie sich dennoch Gehör?

Ich denke, es ist den meisten sehr wohl bewusst, dass der globale Wirtschaftskreislauf ohne seriöse Finanzinstitute ins Stocken geraten würde. Die Finanzkrise ist nicht nur auf Versäumnisse der Banken zurückzuführen. Wir müssen hier einen langfristigen Blickwinkel einnehmen. Denn vielen Ideen kann nun einmal erst durch die richtigen Finanzierungsmechanismen zum Erfolg verholfen werden. Es ist einfach die Frage, auf welche Themen sich ein Finanzplatz spezialisieren möchte.

Sie haben dabei auch ein Auge auf eher aussergewöhnliche Themen, beispielsweise die Biomimicry, wo aus der Natur gelernt wird. Was kann denn ein Finanzplatz von der Natur lernen?

Biomimicry heisst nichts anderes, als die bestehenden Probleme

mit den Augen der Natur anzuschauen. Praktisch alle Branchen, ob Energie, Transport, Elektronik oder Architektur, profitieren davon. Vor allem aber ist das Thema hochrelevant für die Finanzindustrie, weil es neue Geschäfts- und Investitionsmöglichkeiten schafft und die Kreativität fördert. Der Finanzplatz und die Finanzintermediäre stehen da sprichwörtlich mittendrin. Das Thema hat das Potenzial, die Lücke zwischen Umwelt und Wirtschaftswachstum zu schliessen, und ist deshalb in jedem Fall hochspannend. Und auch ein Finanzplatz selbst kann seine Herausforderungen durch die Biomimicry-Brille betrachten. Das Thema hat Relevanz bei Anlageentscheidungen, bei Beurteilungskriterien für die Entwicklung an den Märkten und nicht zuletzt sogar bei der eigenen Mitarbeiterführung und Kundenpflege. Mit diesem Thema stehen wir erst am Anfang einer spannenden und ganz neuen Entwicklung, die weit über den Bereich Cleantech hinausgeht.

Wie sieht Ihr Bankenplatz der Zukunft aus?

Modern und doch der Stabilität verpflichtet. Professionell, kreativ und in einem steten Innovationsprozess, der Mitarbeitende wie auch Kunden einbezieht. Solide und von der internationalen Gemeinschaft geachtet. Unabhängig und nicht zuletzt transparent im Sinne eines echten Wettbewerbsvorteils.

Transparenz als Wettbewerbsfaktor?

Der Grad der Transparenz als Wettbewerbsfaktor wird bislang noch nicht gemessen. Und obwohl die zunehmende Transparenz Finanzplatzakteure vor grosse Herausforderungen stellt, darf sie auch als Chance gesehen werden.

von Adolf E. Real

Der Harvard-Professor Michael Porter setzte 1990 mit seinem Werk „The Competitive Advantage of Nations“ einen zentralen Referenzpunkt für die entwicklungspolitische Diskussion zum Wettbewerb der Nationen. Seine Kernaussagen darin sind: Nationaler Wohlstand wird geschaffen und nicht ererbt. Die Wettbewerbsfähigkeit einer Nation hängt von der Fähigkeit ihrer Industrie ab, Innovationen zu erzeugen und ihre Leistungsfähigkeit ständig zu verbessern. Unternehmen erarbeiten sich gegenüber den führenden Wettbewerbern in der Welt einen Vorteil, weil sie Druck ausgesetzt sind und herausgefordert werden. Vor zwanzig Jahren jedoch war noch nicht annähernd absehbar, dass auch der Begriff Transparenz den Wettbewerb einmal nachhaltig prägen wird. All dies erinnert stark an die heutige Situation Liechtensteins. Und Porter sagt weiter: „In einer Welt, in der der Wettbewerb zunehmend im globalen Massstab ausgetragen wird, werden Nationen wichtiger statt weniger bedeutsam. Die Rolle der Nation steigt in dem Masse, in dem die Schaffung und Aneignung von Wissen zur Grundlage des Wettbewerbs wird. Unterschiede in nationalen Werten, Kultur, Wirtschaftsstrukturen, Institutionen und historischem Erbe tragen zum Erfolg im Wettbewerb bei. Letzten Endes sind Nationen in bestimmten Industrien erfolgreich, weil ihr nationales Umfeld vorwärtsblickend, dynamisch und herausfordernd ist.“ Aufgabe der Wettbewerbspolitik ist es, im Interesse der Verbraucher sowie aller Unternehmen unabhängig von der Grösse und Rechtsform, einen funktionsfähigen, möglichst unbeschränkten und transparenten Wettbewerb zu gewährleisten und nachhaltig zu sichern. Wettbewerb fördert Innovationen, eine optimale Allokation von Ressourcen, die Souve-

ränität der Verbraucher sowie eine leistungsgerechte Verteilung finanzieller Mittel. Darüber hinaus begrenzt ein gesunder Wettbewerb wirtschaftliche Macht. Auch und nicht zuletzt aufgrund einer neuen Transparenz.

„Es ist Aufgabe der Wettbewerbspolitik, einen möglichst transparenten Wettbewerb zu sichern.“

Der Rangliste zur Wettbewerbsfähigkeit des Global Competitiveness Reports, liegt der Global Competitiveness Index (GCI) zugrunde, der vom führenden spanischen Ökonomen Xavier Sala i Martin, im August 2012 war er Keynote-Speaker am 7. Liechtensteinischen Bankentag, für das World Economic Forum entwickelt und 2004 eingeführt wurde. Der GCI basiert auf zwölf Säulen, die ein umfassendes Bild über die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes vermitteln sollen: Institutionen, Infrastruktur, makroökonomische Stabilität, Gesundheit und Grundschulbildung, Hochschulbildung und Ausbildung, Effizienz der Gütermärkte, Arbeitmarkteffizienz, Entwicklungsgrad der Finanzmärkte, technologischer Entwicklungsgrad, Marktgrösse, Entwicklungsgrad der Unternehmen und Innovation. Noch nicht gemessen wird der Grad der Transparenz als Wettbewerbsfaktor. Sala i Martin, Mitverfasser des Berichts, sagt: „Neben den wiederkehrenden Sorgen über die Aussichten der Weltwirtschaft dürfen die

politischen Entscheidungsträger nicht die Fundamentaldaten für langfristige Wettbewerbsfähigkeit aus den Augen verlieren. Damit die Wirtschaftserholung auf einem stabilen Fundament steht, müssen die Länder sicherstellen, dass ihr Wachstum auf Produktivitätsverbesserungen basiert.“ Liechtenstein und sein Finanzplatz agieren mitten in einem schmerzhaften Transformationsprozess massgeblich ausgerichtet auf mehr Transparenz, dessen Auswirkungen noch Jahre zu spüren sein werden. Es stellt sich also die Frage: Inwiefern ist Liechtenstein im Allgemeinen und unser Finanzplatz im Speziellen wettbewerbsfähig? Innovation müssen wir noch besser leben. Wir können sie nicht vom Staat verlangen. Es ist Sache der Industrie, hier der Finanzindustrie, neue Ideen zu entwickeln, um die Bedürfnisse der Kunden in Zukunft befriedigen und neue Kunden gewinnen zu können. Es gibt kein Patentrezept für erfolgreiche Innovationen. Aber Innovationen wären nie entstanden, hätte man vorher schon gewusst, ob sie funktionieren oder nicht. Denn sie sind etwas gänzlich Neues, noch nicht Ausprobierendes, noch nicht Etabliertes. Ein Teil dessen ist beispielsweise die neu gegründete CARLO Foundation, die erste unabhängige internationale Ratingstiftung. Sie hat vor allem eines zum Ziel: Transparenz am Finanzmarkt zu entwickeln. Das ist auch bitter nötig, betrachtet man die Auswüchse der Vergangenheit, die auch einer Intransparenz geschuldet sind. Innovation und Transparenz gehören also durchaus zusammen. Eine Analyse der fünf Wesensmerkmale für Innovationskraft, mit denen es Topunternehmen von heute geschafft haben, bahnbrechende neue Produkte oder Dienstleistungen auf den Markt zu bringen, kann uns Ansatzpunkte geben. Verknüpfen: Hier geht es

um die Fähigkeit, Probleme oder Ideen unterschiedlichster Art, die anscheinend in keiner Beziehung zueinander stehen, erfolgreich miteinander zu verbinden. Die richtigen Fragen stellen: Innovatoren stellen ständig Fragen, durch die sie gängige Meinungen anzweifeln. Beobachten: Häufig entstehen ungewöhnliche Geschäftsideen, weil Innovatoren gängige Phänomene genau unter die Lupe nehmen, vor allem das Verhalten potenzieller Kunden. Experimentieren: Innovative Unternehmer probieren genau wie Wissenschaftler gezielt neue Ideen aus, indem sie Prototypen erschaffen und Pilotprojekte durchführen. Vernetzen: Innovative Unternehmer pflegen viel Zeit und Energie einzusetzen, um mit Hilfe ihrer persönlichen Netzwerke neue Ideen zu finden und zu testen. Und last but not least: transparent informieren: Nur wer weiss, wovon er spricht, kann auch wirklich mitreden. Das gilt für Finanzplatzteilnehmer gleichermaßen wie für deren Kundinnen und Kunden. Die zunehmende Transparenz stellt Finanzplatzakteure aber auch vor grosse Herausforderungen. Viele Kunden sind heute aufgrund des allgegenwärtigen Zugangs zu Informationen wesentlich besser informiert und damit auch kritischer. Das darf man aber als Chance sehen. Um Informationen unter „Verschluss“ zu halten, wird viel Energie benötigt. Diese kann gut und gern für zukunftsorientiertes Agieren eingesetzt werden. Das schliesst nicht aus, den Schutz der Privatsphäre weiterhin als Grundsatz zu leben. Aber Transparenz im eigentlichen Sinne gerade gegenüber Partnern, Kunden und teilweise eben auch gegenüber Behörden trägt zum Vertrauen und zur Glaubwürdigkeit bei.

Hart in der Sache, fair im Umgang

Seit fast einem Jahr ist Urs Philipp Roth-Cuony Präsident der Finanzmarktaufsicht. Im Interview spricht er über seine Verantwortung, die Wahrnehmung Liechtensteins im Ausland und erklärt, warum die internationale Einbindung der FMA wichtig ist.

Interview mit Urs Philipp Roth-Cuony

Herr Roth, Sie sind seit 1. Januar 2012 Präsident des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA). Davor waren Sie primär für beaufsichtigte Institute beziehungsweise deren Verband tätig. Wie nehmen Sie die andere Seite wahr? In welchen Elementen unterscheidet sie sich?

Ich befasse mich bei der Aufsichtsbehörde mit Themen, die ich aus meiner Verbandstätigkeit sehr gut kenne, zum Beispiel die ganzen Regulierungsvorhaben auf europäischer Ebene. Nun bin ich jedoch in einer strategischen Funktion tätig und dazu in einem anderen Land, das dem EWR angehört. Diesen Wechsel erlebe ich als sehr spannend. Wohlgermerkt Wechsel, nicht Seitenwechsel. Aufsicht und Verband sind keine Gegner. Wir wollen beide einen starken Finanzplatz.

Wie wird Liechtenstein in den internationalen Aufsichtsgremien wahrgenommen?

Die grossen Anstrengungen Liechtensteins in den vergangenen Jahren, internationale Standards zu übernehmen und durchzusetzen, haben sich gelohnt. Die FMA ist heute international integriert und anerkannt. Liechtenstein wird als Staat wahrgenommen, der ein Problem hatte und gehandelt hat. Manch einer in diesen Organisationen mag gestaunt haben, mit welcher Hartnäckigkeit wir diese Integration vorangetrieben haben. Die Aufnahme bei IOSCO wurde erst mit der Anpassung der Amtshilfe an internationale Standards möglich. Ein wenig später verlieh uns die ESMA den Beobachterstatus. Diese Integration der Aufsicht ist nun gerade für das Fondspatzprojekt AIFM sehr bedeutend.

Mit Auslösung der Finanz- und Bankenkrise erhielten die Aufsichtsbehörden weltweit mehr Gewicht. Zugleich nimmt die Erwartungshaltung zu. Mit welchen strategischen Zielen und Massnahmen entgegnen Sie diesen Entwicklungen?

Die Finanzkrise stellt für die Aufsichtsbehörden tatsächlich

eine Zäsur dar. Die Aufsicht über die Finanzmärkte wird seither internationalisiert und standardisiert. In diesem Umfeld sind unsere drei strategischen Ziele die Gewährleistung der Stabilität, die Stärkung der Reputation des Finanzplatzes und die Sicherung des internationalen Marktzugangs. Mit der guten Einbindung in die Aufsichtsorganisationen ist gerade für den letzten Punkt eine gute Basis geschaffen worden. Diese Position gilt es nun zu behaupten.

Im Zuge der Finanz- und Bankenkrise hat die EU drei markt-bereichsspezifische Aufsichtsbehörden innert kurzer Zeit aufgesetzt, welche mittlerweile ihre Geschäftstätigkeit voll ausüben. Welchen Status hat die FMA in diesen Behörden und wie erfolgt die praktische Einbindung?

Als Aufsichtsbehörde eines EWR-Landes hat die FMA in allen drei europäischen Aufsichtsbehörden den Beobachterstatus inne. Wir bringen uns in die Ausschüsse und Kommissionen ein, die für uns wichtig sind. Einerseits erhalten wir so aus erster Hand Hintergrundinformationen zu regulatorischen Projekten auf europäischer Ebene. Andererseits können wir Verbündete suchen und so indirekt auch Einfluss auf die Entscheidungsfindung nehmen. Auch das Networking ist ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit.

Die EU-Aufsichtsbehörden sollen umfassende Rechtssetzungs- und Durchgriffsbefugnisse erhalten. Mit welchen politischen und rechtlichen Konsequenzen für Liechtenstein rechnen Sie?

Mit diesen Befugnissen geben die nationalen Aufsichtsbehörden der einzelnen EU-Staaten tatsächlich einen Teil ihrer Souveränität in der Beaufsichtigung ihrer Finanzinstitute ab. Die Auswirkungen auf Liechtenstein sind noch unklar. Zusammen mit den EWR/EFTA-Partnern Norwegen und Island werden EWR-vertragskonforme Anpassungen diskutiert, die in das EWR-Abkommen übernommen werden sollen.

Dr. Urs Philipp Roth-Cuony

Dr. Urs Philipp Roth-Cuony ist seit Januar 2012 Präsident des Aufsichtsrates der Finanzmarktaufsicht Liechtenstein (FMA). Zuvor war er Vorsitzender der Geschäftsleitung und Delegierter des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg). Nach seinem Rechtsstudium mit Doktorat in Zürich und anschliessendem Anwaltspatent war er von 1976 bis 2001 in leitenden Positionen bei der Schweizerischen Bankgesellschaft (später UBS) tätig. Von Urs Philipp Roth-Cuony sind mehrere Publikationen zum Banken- und Börsenrecht erschienen.



Sie haben die internationale Gleichwertigkeit als strategisches Ziel erwähnt. Was bedeutet dies konkret und welche Herausforderungen stellen sich dabei?

Wenn ein liechtensteinischer Finanzintermediär im Ausland in einem EWR-Staat seine Produkte und Dienstleistungen anbietet, will die dortige Aufsichtsbehörde Gewissheit haben, dass dieser in seinem Heimatland nach den geltenden Standards beaufsichtigt wird. Gerade deshalb ist die internationale Einbindung der FMA in die internationalen Aufsichtsgremien so wichtig, weil sie als Messlatte für die Anerkennung der Gleichwertigkeit dient.

Wie erleben Sie die praktische Zusammenarbeit mit ausländischen Aufsichtsbehörden bei Marktzugangsentscheidungen?

In schwierigen Zeiten tendieren Staaten zu protektionistischen Verhaltensweisen. Das Klima wird eher rauer. Wir begegnen diesem Trend mit einer aktiven Pflege der Beziehungen zu den ausländischen Aufsichtsbehörden. Wir machen damit gute Erfahrungen. Als hart in der Sache, aber fair und respektvoll im Umgang würde ich diese Zusammenarbeit bezeichnen.

Im Zusammenhang mit dem Thema Systemstabilität wird oft von makroprudenzieller Aufsicht gesprochen. Welche Bedeutung hat dieser Begriff und welche Rolle hat die FMA in Bezug auf Liechtenstein?

Makroprudenzielle Aufsicht orientiert sich an der Stabilität des gesamten Finanzsystems und identifiziert systemische Risiken frühzeitig. Gerade die Entwicklung der europäischen Schuldenkrise und die Auswirkungen auf Liechtenstein werden dabei eng verfolgt. Sie ergänzt bei der FMA die traditionelle, mikroprudenzielle Aufsicht, die sich an der Solvabilität der einzelnen Finanzintermediäre orientiert.

Gerne wollen wir noch einige Innenaspekte beleuchten. Wie erleben Sie das Spannungsfeld zwischen Aufsichtsfunktion und

Einbezug in Regulierungsprojekte?

Nicht als Spannungsfeld, sondern als Chance, schon im Gesetzgebungsprozess die Voraussetzungen für eine wirksame, effiziente und marktgerechte Aufsicht zu schaffen.

Ist die FMA Corporate-Governance-Regeln unterworfen? Wie gestalten sich diese aus?

Als Aufsichtsbehörde müssen wir hier zu den Klassenbesten gehören. Die Regierung hat ausführliche Empfehlungen und Anregungen für die Ausgestaltung der Corporate Governance öffentlicher Unternehmen definiert, die ab 2013 gültig sind. Der Aufsichtsrat hat sich bereits mit diesen Regeln befasst und festgestellt, dass die FMA schon heute alle diese Empfehlungen und Anregungen umgesetzt hat.

Inwiefern beschäftigt sich die FMA mit dem sogenannten „regulatory capture“?

Die Sicherstellung einer glaubwürdigen und wirksamen Aufsicht hat immer Priorität in unserem Tun. Dies erwartet der Staat als unser Auftraggeber. Und nur so sind wir auf internationaler Ebene glaubwürdig. Gleichzeitig muss unsere Aufsicht auch effizient und marktgerecht sein. Denn nur ein wettbewerbsfähiger Finanzplatz ist stabil und kann seine volkswirtschaftliche Funktion erfüllen.

Abschliessend eine Frage zur laufenden Transformationsphase auf dem Finanzplatz. Was braucht Liechtenstein, um darin erfolgreich zu sein?

Kompetenz, Kompetenz und nochmals Kompetenz.

Vorteil für KMU

Klimastiftungen kooperieren

Im September 2012 wurde an der Universität Liechtenstein die Kooperation der Klimastiftung Schweiz mit der LIFE Klimastiftung Liechtenstein vorgestellt. Ein Steilpass der Finanzwirtschaft an den Werkplatz Liechtenstein.

von Sven Braden

„Die Kooperation hat konkrete Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort, da sie für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) aus Liechtenstein den Zugang zu Fördermitteln der Klimastiftung Schweiz eröffnet. Sie stellt damit einen greifbaren Schulterschluss zwischen Finanz- und Wirtschaftsplatz dar.“ Dies sagte Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Bankenverbandes anlässlich der Präsentation. Die Veranstaltung wurde von der LIFE Klimastiftung Liechtenstein, der Klimastiftung Schweiz, dem Liechtensteinischen Bankenverband, der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer, der Universität Liechtenstein sowie der Wirtschaftskammer Liechtenstein ausgerichtet.

Wichtiger Beitrag zur Energiestrategie

Anlässlich der Vorstellung der Kooperation wertete Wirtschaftsminister Martin Meyer die Zusammenarbeit der LIFE Klimastiftung mit der Klimastiftung Schweiz als wichtigen Beitrag zur Erreichung der in der Energiestrategie 2020 festgelegten Ziele. Mit Blick auf die Energiebrücke Buchs-Schaan und die damit verbundene Nutzung der Dampfenenergie aus der KVA Buchs konnten laut Meyer die landesweiten Emissionen um fast zehn Prozent reduziert werden. In Zukunft werde man im Bereich solcher Grossprojekte jedoch an Grenzen stossen. Deshalb müssten Einsparziele auch in den Haushalten, den KMU und der Industrie verankert werden. Die Kooperation der LIFE Klimastiftung und der Klimastiftung Schweiz helfe daher gerade im Bereich KMU, den Zielen der Energiestrategie näher zu kommen.

Kooperation mit den drei grössten Banken

Allerdings sei Voraussetzung für diese Kooperation die Bereitschaft der drei grössten Banken des Landes, der LGT, der LLB und der VP Bank, gewesen, die ihnen aus der Rückverteilung zufließenden Beträge aus der CO₂-Abgabe der Klimastiftung Schweiz zu spenden. Stellvertretend für die drei Banken erörterte Ursula Finsterwald, Group Sustainability Manager der LGT, die Motivation der LGT Group für ihr Engagement für den Wirtschaftsstandort Liechtenstein. „Wir sollten die Probleme mit Blick auf steigenden Energieverbrauch und steigende CO₂-Emissionen nicht verlagern oder vertagen. Mit der Unterstützung der Klimastiftung Schweiz nimmt die LGT Group ihre Verantwortung als Unternehmen hier und jetzt wahr. Die Förderung innovativer KMU in Liechtenstein kommt zudem auch dem Wirtschaftsstandort Liechtenstein insgesamt zugute“, so Finsterwald.

5,5 Millionen Franken für 128 Projekte

Vincent Eckert, Geschäftsführer der in Zürich ansässigen Klimastiftung Schweiz, begrüsst die geografische Ausweitung der Fördermöglichkeiten dank der Partnerschaft mit den drei liechtensteinischen Banken auf Liechtenstein. Gemäss Eckert seien in der Schweiz bereits CHF 5,5 Mio. an 128 Projekte geflossen. Die Förderungen sind dabei nicht auf einen bestimmten Technologietyp beschränkt. So förderte die Klimastiftung Schweiz etwa die Anschaffung eines Holzschnitzelkessels zur Generierung von



Sie schützen das Klima?
Wir unterstützen Sie dabei finanziell.



Prozesswärme in einer Käserei mit CHF 250'000,- genauso wie die Kompletterneuerung des Beleuchtungssystems eines Sportcenters mit CHF 12'000,-. Daneben werden auch Weiterentwicklungen und Erfindungen finanziell unterstützt. Über Förderanträge, welche den Betrag von CHF 20'000,- übersteigen, entscheidet der Stiftungsrat der Klimastiftung zweimal jährlich.

Jährlich CHF 20'000,- Energiekosten

Christoph Ospelt, Geschäftsführer der Lenum AG, informierte im Anschluss über das enorme KMU-Förderpotenzial in Liechtenstein. Als KMU gelten Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten. Von den rund 3'500 Unternehmen in Liechtenstein sind über 90 Prozent als kleine und mittlere Unternehmen zu qualifizieren. Die Fördermöglichkeiten der Klimastiftung Schweiz richten sich insbesondere an KMU mit hohen Energiekosten. „In Liechtenstein dürften rund 300 KMU ansässig sein, welche jährlich über CHF 20'000,- Energiekosten zu tragen haben“, sagte Ospelt anlässlich der Vorstellung der Kooperation.

Steilpass für den Werkplatz

Jürgen Nigg, Geschäftsführer der Wirtschaftskammer Liechtenstein, begrüßte die neu geschaffenen Fördermöglichkeiten für KMU in Liechtenstein und hofft auf eine rege Inanspruchnahme der Fördermassnahmen. „Für mich ist das ein grossartiger Steilpass seitens des Finanzplatzes und dieser sollte nun vom Werkplatz auch genutzt werden“, betonte Nigg. Informationen zu den För-

dermöglichkeiten der Klimastiftung Schweiz sind direkt (info@klimastiftung.ch) oder bei der LIFE Klimastiftung Liechtenstein, Sven Braden (braden@klimastiftung.li), erhältlich.

Die LIFE Klimastiftung Liechtenstein wurde Anfang 2009 ins Leben gerufen und ist eine gemeinnützige Stiftung nach liechtensteinischem Recht. Ziele der LIFE Klimastiftung Liechtenstein sind die Förderung und die Bewusstseinsstärkung im gesamten Bereich des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit. Letztlich soll damit dazu beigetragen werden, unsere Umwelt für unsere Nachkommen ganz nach dem Motto „for a better life“ bewahren zu können. Zu den Trägern der Stiftung gehören die Regierung des Fürstentums Liechtenstein, der Liechtensteinische Bankenverband, die Liechtensteinische Treuhändervereinigung, der Liechtensteinische Anlagefondsverband, der Liechtensteinische Versicherungsverband sowie die Universität Liechtenstein. Durch die Beteiligung von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik vernetzt die LIFE Klimastiftung Liechtenstein als Private-Public-Partnership und Impulsgeber die wesentlichen Akteure im Nachhaltigkeitsbereich und bringt diese an einen Tisch. www.klimastiftung.li

Diplomats are Facilitators

Since three years, Donald S. Beyer, Jr. serves as Ambassador for the U.S. to Switzerland and Liechtenstein. In the BANKENMAGAZIN he talks about his experiences, his goals and the future of transparency.

Interview with Ambassador Donald S. Beyer, Jr.

Ambassador, what is the main responsibility of diplomats today?

Around three years ago, President Obama talked to me and all his other newly appointed Ambassadors and called for us to listen, learn and lead. We have done our best, and still do, to follow his advice and it has served us well. I also think that diplomats are facilitators; we bring people together and do our best to improve mutual understanding between nations.

You are a businessman in the U.S. What business experience has been useful for you in the diplomatic service?

My experience as a manager is very useful in running the Embassy. As a car dealer, customer relations and service are critical. This is equally true in the work of our consular section. Reaching out to people and making connections is also key to diplomacy, both public and private.

You have received various awards for your social engagement in Virginia. What motivates you to be active as a philanthropist?

I have always found that it is important to give something back to the community. When I first got involved in politics, this was because I wanted to serve the society in which I had been raised, and once I was in a position to create change, I was ready to step forward and bring in ideas.

Philanthropy is an important pillar of Liechtenstein's financial center as well. What opportunities do you see in this field?

Your recent project "Schuldenprävention" together with the Liechtenstein Government is a great example. It is a project that

encourages young people to take responsibility for themselves and, ultimately, the community they live in. The most effective initiatives are those that engage and empower people to create change themselves. Investing in a healthy and stable society will also benefit the financial sector in the long run.

„It is important to give something back to the community.“

Along with quality and stability, our financial center strategy is also dedicated to sustainability. You served on the Virginia Commission on Climate Change. What does sustainability mean to you?

Sustainable living is very important to my wife and me. The embassy introduced infrastructural and operational changes last year, which allow us to save energy and reduce water consumption. We also have our own garden at the residence, where we grow the vegetables that end up on our table.

You have served as Ambassador to Switzerland and Liechtenstein for three years now. In your opinion, what has changed in that time, especially in regard to the financial center discussion?

The greatest achievement is that the negotiating parties have a much greater understanding of each other and are aware of the challenges and particularities of each others' position. This understanding is the basis on which we can build in our discussions.

Donald S. Beyer, Jr.**U.S.-Ambassador to Switzerland and Liechtenstein**

Donald S. Beyer, Jr. took up his duties in Bern on August 15, 2009. He is a nationally recognized political, business and philanthropic leader. Over the last thirty years, he built a strong reputation in Virginia, where he grew a successful and reputable business, and spent eight years as Lieutenant Governor. In 2008, he chaired the Transportation and Land Use working group of the Governor's Virginia Commission on Climate Change. Before his nomination to be Ambassador, he was asked by President-elect Barack Obama to lead the United States Department of Commerce Transition Team. Ambassador Beyer is a magna cum laude graduate of Williams College, where he received a Bachelor of Arts with Highest Honors in Economics. He and Megan Carroll Beyer married in 1987; they have four children.

*From a U.S. perspective, how do you perceive Liechtenstein today?*

We are aware of the strong financial sector of Liechtenstein, but we also know that 40 per cent of the economy is taken up by a technologically advanced industrial manufacturing sector, especially in the fields of steering technology and dental industry as well as construction tools manufacturing.

What parallels do you see between the United States and Liechtenstein?

Culturally, I have learned that the people in Liechtenstein have a similarly informal approach to new acquaintances as we have in the U.S., where one is at first names terms from the start as well. Also, I think that both countries are very innovative and quick to adapt to economic change.

You mentioned in an interview that the tax dispute between the United States and Switzerland is your number one priority. What are priorities two and three?

A top priority is the fight against trafficking in persons. The U.S. publishes an annual report on this issue and pinpoints ways to improve policy measures in countries all over the world to come to grips with this global problem. We are also working on ways protect intellectual property rights by adapting the regulatory framework to the new requirements of present realities.

FATCA is supposed to bring about transparency, which is also the motto of this issue. Where do you see limits to transparency?

One never knows what the future might bring. The OECD's Global

Forum on Transparency, which includes, among others, the United States, Switzerland, and most of the EU as members, is one place to look for clues about what is happening right now with transparency. I don't think anybody can say with certainty what might happen on this topic in ten or twenty years. From the U.S. perspective, the more transparency, whether in the financial world or government, the better. Transparency helps to ensure fairness and compliance with the law. In pursuing transparency, the United States upholds its commitment to protecting individual privacy, consistent with our strong system of laws, practice and court decisions.

„It is my goal to learn as much about Liechtenstein as possible.“

What goals do you pursue as the U.S. Ambassador to Liechtenstein?

It is my goal to learn as much about Liechtenstein as possible. So far, I can summarize my observations by saying that it is a unique and beautiful country with strong businesses that have successfully established themselves as high-value specialists in niche markets.

When you are here, what do you miss from Virginia?

What we miss most, is our friends and relatives at home. When we came here, we didn't know anyone in Switzerland or Liechtenstein while we left behind a lifetime of friends in Virginia, but now we have a lot of friends here, and we feel that we have found a second home.

Wo sich Macht ballt, ist Transparenz geboten

Prof. Edda Müller ist Vorsitzende von Transparency International Deutschland. Im Interview mit dem BANKENMAGAZIN erläutert sie, was sie antreibt, warum das Anti-Geldwäschereigesetz ausgeweitet werden soll und wie Transparenz, Verantwortung und Vertrauen zusammenhängen.

Interview mit Prof. Edda Müller

Frau Prof. Müller, Transparency International (TI) hat hauptsächlich zum Ziel, Korruption zu bekämpfen. Ist die Bezeichnung der Organisation in Anbetracht des In-Begriffs Transparenz noch die richtige?

Ja, absolut. Transparenz ist nach wie vor ein sehr wichtiges Instrument zur Kontrolle von Macht. Wichtig ist, dass sie ein Instrument und kein Selbstzweck ist.

Welches sind die grössten Erfolge von TI seit der Gründung vor fast 20 Jahren?

Ganz entscheidend waren die Verabschiedungen der „OECD Konvention über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr“ im Jahr 1999 und die UN-Konvention gegen Korruption aus dem Jahr 2003.

Zu ihren Mitgliedern zählen grosse Banken, aber auch Industrieunternehmen und Baufirmen. Wie verhindern Sie, dass die Mitgliedschaft selbst zu einem Feigenblatt wird?

Mit der Mitgliedschaft ist eine Selbstverpflichtungserklärung zu unterzeichnen. Damit steigt im Krisenfall auch für das Unternehmen das Reputationsrisiko erheblich, denn dann geht es nicht nur um mögliche Gesetzesverstösse, sondern auch um einen Missbrauch unserer Organisation. Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass wir durch verschiedene Massnahmen sicherstellen, dass keine finanzielle Abhängigkeit von Unternehmen entsteht.

Wie bringt sich Ihre Institution in den Prozess für mehr Transparenz ein?

Die Arbeit unseres Vereins zielt hauptsächlich auf strukturelle Veränderungen ab. Zur Stärkung der Korruptionsprävention analysieren wir mögliche Risikofelder und setzen uns für Veränderungen rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen ein. Um Veränderungen voranzutreiben, bilden wir Koalitionen mit veränderungswilligen Akteuren aus Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Das Bewusstsein für die Notwendigkeit von mehr Transparenz hat generell zugenommen. Dies ist zu einem grossen Teil auch auf den Druck von aussen zurückzuführen. Wie wichtig ist der öffentliche Druck noch, jetzt und in Zukunft?

Mit dem Internet gehen die Transaktionskosten der Transparenz gegen null. Dennoch braucht es stets gute Gründe für Transparenz. Allerdings ist immer da, wo sich Macht ballt, Transparenz geboten.

Wo liegen aus Ihrer Sicht auch Gefahren von zu viel Transparenz gerade auch in Bezug auf Menschenrechte?

Wir sehen grundsätzlich keine Gefahr der Transparenz von mächtigen Akteuren. Wenn es im konkreten Fall um Leib und Leben geht, ist das natürlich etwas anderes.

TI setzt sich für einen grösseren Schutz von Whistleblowern ein. Ist Whistleblowing der richtige Weg zu mehr Transparenz?

Korruption findet immer im Verborgenen statt. Es gibt zwei Täter und das Opfer ist die Allgemeinheit. Zur Aufdeckung von Korruption sind Hinweisgeber daher ganz wesentlich. Sie gilt es zu schützen. Dabei geht es aber um Korruptions-

Prof. Dr. Edda Müller

Prof. Dr. Edda Müller ist seit 2010 ehrenamtliche Vorsitzende von Transparency International Deutschland. Zuvor bekleidete sie Vorstands- und Führungspositionen bei der Europäischen Umweltagentur in Kopenhagen, beim Bundesverband der Verbraucherzentralen, im Rat für Nachhaltige Entwicklung und bei der Stiftung Warentest. Auch im Bereich der Politik war Müller tätig: Im Bundesumweltministerium fungierte sie als Ministerialdirigentin, in Schleswig-Holstein war sie zwei Jahre lang Ministerin für Natur und Umwelt. Edda Müller hat sich in zahlreichen Veröffentlichungen mit Fragen der Umwelt-, Klima- und Verbraucherpolitik sowie dem politischen Interessenausgleich in modernen Demokratien beschäftigt.



bekämpfung und ähnlich schwerwiegende Delikte, nicht um Transparenz per se.

Im Zuge der zunehmenden Transparenz wird befürchtet, dass Themen „verwässert“ oder „verpolitisiert“ werden. Ein Beispiel ist die Vermischung von Geldwäscherei mit Steuerthemen. Experten befürchten, Korruption und Geldwäscherei so schwerer bekämpfen zu können. Was ist Ihre Meinung?

Viele Korruptionsskandale wurden durch die Steuerprüfung ins Rollen gebracht, insofern gibt es da einen ganz direkten Bezugspunkt. Deswegen ist es wichtig, dass die einfache Steuerhinterziehung im Katalog der Vortaten der Anti-Geldwäschegesetze aufgenommen ist.

Liechtenstein hat massgeblich zur Aufdeckung des Siemens-Korruptionsskandals beigetragen. Wie beurteilen Sie Liechtenstein in Sachen Korruptionsbekämpfung im internationalen Umfeld?

Die liechtensteinische Regierung wäre gut beraten, diesen Umstand selbst aktiv zu kommunizieren. Über die kolportierte Amtshilfe in Sachen Siemens ist mir keine offizielle Verlautbarung bekannt. Positiv ist, dass Liechtenstein die UN-Konvention gegen Korruption ratifiziert hat und am Antikorruptionsmonitoring der Staatengruppe gegen Korruption des Europarates (GRECO) teilnimmt. Leider hat Liechtenstein noch nicht alle Vorgaben des UN-Übereinkommens umgesetzt, etwa hinsichtlich der Strafbarkeit der Abgeordnetenbestechlichkeit. Bedenklich ist auch, dass Liechtenstein seit Monaten einen GRECO-Evaluierungsbericht* zu den Antikorruptionsmassnahmen des Fürstentums nicht zur Veröffentlichung im Internet freigibt, obwohl dies sonst üblich ist.

Es wird kritisiert, dass zu viel Transparenz neue Zwänge und ein Klima des Misstrauens und des Verdachts erzeugt. Was halten Sie von der Aussage?

Misstrauen entsteht unabhängig von Transparenz oder Intransparenz, nämlich dann, wenn Entscheidungsträger ihre Verantwortung nicht wahrnehmen. Allerdings ist heutzutage Transparenz zu einer wesentlichen Voraussetzung geworden, um verlorenes Vertrauen zurückzuerlangen. Aber selbst dann kommt es noch immer auf die handelnden Personen und ihre Übernahme von Verantwortung an.

Transparency International Deutschland e.V. wurde 1993 gegründet. Die gemeinnützige, politisch unabhängige Organisation widmet sich der Bekämpfung der Korruption in Deutschland und trägt massgeblich dazu bei, das öffentliche Bewusstsein für die negativen Folgen der Korruption zu schärfen. Transparency Deutschland ist die nationale Sektion der ebenfalls 1993 gegründeten zivilgesellschaftlichen Organisation Transparency International. Mittlerweile ist Transparency International, die „Koalition gegen Korruption“, in über hundert Ländern aktiv.

Stand des Interviews: 10. Oktober 2012

**Anmerk.d.Red.: Der GRECO-Evaluationsbericht zu Liechtenstein wurde vom Europarat am 31. Oktober 2012 publiziert und ist im Internet abrufbar unter www.coe.int*

Der Druck wird nicht nachlassen

Hans-Jürgen Maurus ist seit einem Jahr Chef des ARD-Hörfunkstudios in Zürich. Im BANKENMAGAZIN spricht er über den Wahlkampf in Deutschland, den Ausgang des Abkommens mit der Schweiz und seinen Blick auf Liechtenstein.

Interview mit Hans-Jürgen Maurus

Herr Maurus, Sie haben bereits einen ersten Eindruck von Liechtenstein erhalten. Welchen?

Liechtenstein ist klein, aber fein und sehr zurückhaltend. Erfreulicherweise haben in jüngster Zeit deutsche Spitzenpolitiker wie Bundespräsident Joachim Gauck oder Bundesaussenminister Guido Westerwelle im Rahmen der Vierer-Treffen der deutschsprachigen Amtskollegen Vaduz besucht, an Diskussionen teilgenommen und sich im politischen Dialog ausgetauscht. Weiter so!

Sie waren anlässlich des Bankentages auch in Vaduz. Wie bewerten Sie die Entwicklung des Finanzplatzes?

Der Finanzplatz ist zweifelsohne in einem strukturellen Wandel begriffen. Die Herausforderungen sind enorm. Beim umstrittenen Komplex Schwarzgeld, Steuerabkommen und Steuerbetrug ist die Initiative des Bankenverbandes gegen Abschleicher ein psychologisch signifikantes Signal, nicht erst abzuwarten, bis diese Debatte von der Schweiz herüberschwappt, sondern die Diskussion präventiv anzugehen. Kluger Schachzug, wenn den Worten auch Taten folgen. Die nächste Schlacht wird auf dem Feld des Private Banking geschlagen, soll heissen: Der Konkurrenzdruck wächst.

Was sagt man über Liechtenstein, wenn Sie mit Ihren deutschen Kollegen reden?

Der Machtkampf über eine Beschränkung der Befugnisse des Fürsten wird zu wenig beachtet.

Liechtensteins Finanzplatz setzt voll auf Nachhaltigkeit. Wie sehen Sie das doch komplexe Thema aus medialer Sicht?

Nachhaltigkeit ist ein schwammiger Begriff, über den es keinen Konsens gibt. Viel wichtiger ist das Thema Transparenz, das neue Prozesse und neue Strukturen erzwingt, gerade im Bankensektor. Der Trend zum gläsernen Bürger wird stärker, die Privatsphäre systematisch ausgehöhlt. Wie viel Transparenz ist

erforderlich, welche zu viel oder gar schädlich? Wieso erregen sich Datenschützer über weitergegebene Telekomdaten an Werbeträger, aber bei den Finanzen soll der Bürger voll transparent sein?

Sie selbst sind seit einem Jahr in der Schweiz als Korrespondent für die ARD tätig, zuvor waren Sie im Berliner Hauptstadtstudio. Ein Kulturschock?

Ganz und gar nicht. Gerade das Kulturangebot in der Schweiz ist überragend. Ebenso die Traditionen. Und die Menschen pflegen diese Traditionen und Werte wie Höflichkeit, Respekt und Freundlichkeit. Dazu atemberaubende Landschaften und Gegenden. Nach der Grossstadt jetzt umso mehr Natur. Grossartig!

Wie betrachten Sie nunmehr aus Schweizer Sicht die aktuellen Diskussionen mit Deutschland?

Endlich gibt es Fortschritte, zum Beispiel beim Flughafenstreit, der mehr als zwei Jahrzehnte hin- und herwogte. Ein Beispiel, dass man über Verträge Konflikte lösen kann, durch echte Kompromisse, die nicht jeden zufriedenstellen können. Das Steuerabkommen steht allerdings auf der Kippe. Und da in Deutschland bereits Wahlkampf herrscht, ist der Ausgang völlig offen.

Apropos: Wagen Sie eine Prognose zum Thema Steuerabkommen? Kann es auch hier einen Kompromiss geben?

Derzeit bin ich sehr skeptisch. Die SPD sucht ein populistisches Wahlkampfthema, mit dem sie beim Wähler punkten kann. Die Geldschwemme und Rettungspakete zur Lösung der Staatsschuldenkrise sowie die Tabubrüche der Europäischen Zentralbank werden von der Opposition mitgetragen, kommen also als Wahlkampfthema nicht infrage. Umso besser eignet sich das Steuerabkommen mit der Schweiz, auf das man einprägen kann und wird. Rein unter dem Aspekt der sozialen Gerechtigkeit. Etwas Grossmachtgehebe kommt derzeit auch ganz gut an.

Hans-Jürgen Maurus

Hans-Jürgen Maurus wurde 1951 in Baden-Baden geboren, studierte an der Universität Mannheim Sprachen und Sozialwissenschaften und ist seit September 2011 Bürochef des ARD-Hörfunkstudios in Zürich. In den 80er Jahren arbeitete er als Korrespondent in den ARD-Studios in Kairo und Johannesburg. 1986 war er für den hessischen Rundfunk ein Jahr als Hörfunkkorrespondent in Washington, nach sechs Jahren in London ging er 1994 erneut in die USA. Vor seinem Wechsel in die Schweiz arbeitete Maurus 12 Jahre im Berliner ARD-Hauptstadtstudio.



Peer Steinbrück ist jetzt Kanzlerkandidat der SPD. Wägen Sie eine Prognose für die Wahl 2013 auch in Bezug auf mögliche Konsequenzen für Finanzplätze wie Liechtenstein?

Steinbrück hat bei einem Auftritt in Zürich eine ganz klare Ansage gemacht. Das Bankgeheimnis ist faktisch tot. Der Druck der USA, aber auch Frankreichs, Italiens und Deutschlands wird nicht nachlassen, sondern zunehmen. Auch eine Art von Nachhaltigkeit.

Steinbrück versprach, keinen langweiligen Wahlkampf zu führen. Wie müssen wir uns das vorstellen?

Der SPD-Kanzlerkandidat ist klug, spontan und scharfzüngig. Provozierende Schlagzeilen sind allemal drin. Doch Steinbrück ist im Herzen ein Pragmatiker. Er wird auf technokratische Lösungen setzen, muss aber den linken Flügel stets im Auge behalten und berücksichtigen.

Die Staatsschuldenkrise ist noch lange nicht bewältigt. Liechtenstein darf auf einen gesunden Haushalt ohne Schulden blicken. Auch die hiesigen Banken mussten nie staatliche Hilfe in Anspruch nehmen. Kann man von Liechtenstein lernen?

Aber ja doch. Jedes Land, das einen ausgeglichenen Haushalt oder gar einen Überschuss erzielt, ist Vorbild. Und der klare Beweis, dass man sparen kann und Sparen eben nicht nur Steuererhöhungen bedeutet, wie es in Deutschland immer wieder vorexerziert wird, weil man harte Einschnitte scheut, um die Wähler nicht zu verprellen.

Vielfach ist die Rede von einem Währungskrieg. Dabei spielt auch der starke Schweizer Franken eine Rolle. Er wird derzeit noch durch die Nationalbank gegenüber dem Euro gedeckelt. Wie lange, denken Sie, geht das noch gut?

Wir befinden uns auf unbekanntem Territorium. Die unglaublichen Geldmengen, die in den Markt gepumpt werden, sind

ein Gradmesser für den Ernst der Lage. Und eine skandalöse opportunistische Strategie, mit der die Märkte beruhigt werden und die Politik Zeit gewinnen will. Nur: Der Junkie-Effekt hat bereits eingesetzt, immer mehr Geld löst das Problem nicht und die Zeiträume werden immer kleiner. Geradezu aberwitzig ist die Situation, dass vier Jahre nach der Lehman-Brothers-Pleite die Finanzmärkte immer noch die Politiker vor sich her treiben, also jene Akteure, die die Marktteilnehmer gerettet haben. Dass die Notenbanken mit den Geldbergen langfristig die Inflation anfeuern und so ihre Schuldenberge reduzieren wollen, liegt für mich klar auf der Hand. Und der Währungskrieg ist eine logische Folge daraus. Doch es ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer, vor allem die Tabubrüche der Europäischen Zentralbank.

Welche Rolle wird aus Ihrer Sicht die Europäische Zentralbank (EZB) in Zukunft spielen? Wird sie stärker?

Die EZB hat Massnahmen ergriffen, für die sie gar kein Mandat hat. Entscheidungen, die reine Finanzpolitik sind. Insofern hat es einen politischen Machtzuwachs gegeben. Doch die EZB ist längst nicht mehr nur der Preisstabilität verpflichtet, sondern Spielball der politischen Erwartungen. Die Tabubrüche, wie der unbegrenzte Ankauf von Staatsanleihen, führen zu einer Monetarisierung der Schulden und daher zu einem erheblichen Vertrauensverlust in der Bevölkerung.

Ihr Medium ist der Hörfunk. Welche besondere Herausforderung ist es, diese doch sehr komplexen Themen zu vermitteln?

Vielleicht die grösste Herausforderung angesichts immer kompakterer Sendestrukturen bei parallel ansteigender Komplexität der Materie. Zusammenhänge zu erklären, wird zunehmend schwerer. Man kann versuchen, punktuell, sehr plastisch und anhand von Beispielen, zum Beispiel Widersprüche wichtiger Akteure, aufzuzeigen. Und die Konsequenzen andeuten.

LGT-Studie

Transparenz als Qualitätskriterium

Aus Sicht eines schweizerischen Private-Banking-Kunden besteht das primäre Bedürfnis bei der Inanspruchnahme der Dienstleistung eines Private-Banking-Anbieters darin, eine transparente und nachvollziehbare Beratung zu erhalten sowie dank der Beratung eine bessere Anlagerendite zu erreichen. Das zeigt eine Studie der LGT Group.

von Prof. Teodoro D. Cocca

Diese wurde im Auftrag der LGT Group von der Abteilung für Asset Management der Johannes Kepler Universität in Linz erstellt. Hierzu wurde im Frühjahr 2012 eine repräsentative Auswahl vermöglicher Privatanleger in der Schweiz und Österreich befragt.

„Primäres Bedürfnis der Bankkunden ist eine transparente und nachvollziehbare Beratung.“

Transparente Beratung mit höchster Relevanz

Um die Bedeutung verschiedener Beratungsbedürfnisse zu bewerten, wurden die Befragten aufgefordert, 100 Punkte auf verschiedene Bedürfniskategorien aufzuteilen, um ihre persönliche Präferenz auszudrücken (viele Punkte entsprechen einer hohen Relevanz des entsprechenden Aspektes). Dabei erzielte der Aspekt der transparenten Beratung mit durchschnittlich 20,5 Punkten die höchste Relevanz (siehe Abbildung 1). Auf der rechten Seite der Abbildung wird die Bedürfnisrelevanz dem Er-

füllungsgrad des jeweiligen Kriteriums aus Sicht der Befragten gegenübergestellt. Es zeigt sich, dass das Hauptkriterium der Erwartungen an die Transparenz der Beratung gut erfüllt wird.

Transparenz auf verschiedenen Ebenen

Schon der Schweizer Dichter und Politiker Gottfried Keller wusste: „Wir bleiben nicht gut, wenn wir nicht immer besser zu werden trachten.“ Folgerichtig dürfen obige gute Resultate zur Transparenz nicht dazu verleiten, das Transparenzthema zu vernachlässigen. In einer 2010 von der LGT Group analog durchgeführten Studie stimmte eine Mehrheit der Aussage zu, dass die Auswirkungen der Finanzkrise auf das eigene Verhalten und auf eigene Einstellungen vor allem darin zu sehen seien, komplexe und schwer verständliche Anlageprodukte in Zukunft zu meiden (vgl. Abbildung 2). Gleichzeitig fordern Kunden heutzutage massgeschneiderte Produkte, welche eine bestimmte Rendite-Risiko-Präferenz abbilden und einen gewissen Sophistizierungsgrad implizieren. Womit sich durchaus widersprüchliche Aussagen der Private-Banking-Kundschaft zum Thema Transparenz ergeben können. Dabei werden auch die verschiedenen Ebenen von Transparenz im Bankgeschäft sichtbar. So kann sich

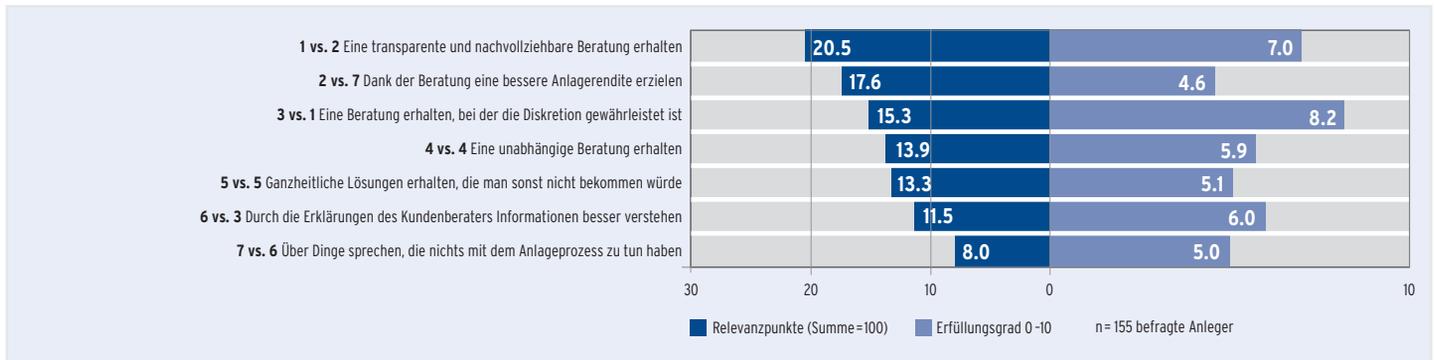


Abbildung 1: Relevanz und Erfüllungsgrad

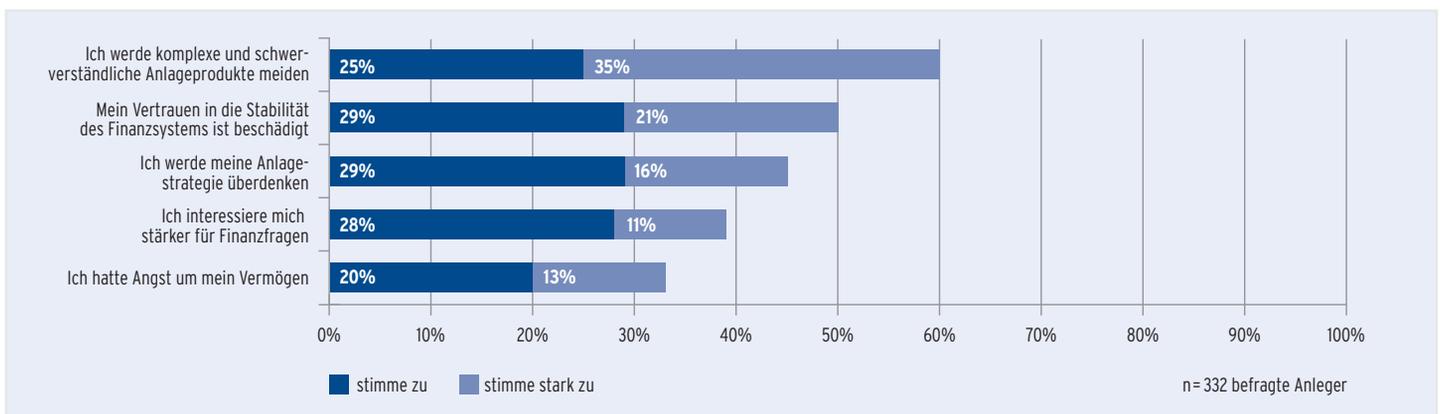


Abbildung 2: Auswirkungen der Finanzkrise

Transparenz unter anderem auf die Beratungsdienstleistung per se, auf die Gebührenstruktur, auf die Funktionsweise eines Produktes, auf die Berechnung von Werten oder auf bestehende Interessenkonflikte beziehen. Ebenso beeinflusst das Wissens- und Erfahrungsniveau eines Kunden die wahrgenommene Transparenz.

„Banken mit transparenter Gebührenstruktur sind im Vorteil.“

Nichtsdestotrotz bleibt Transparenz eines der besten Mittel, um das verloren gegangene Vertrauen aufgrund der Krisenjahre zurückzuerobert. Banken, welche beispielsweise eine offene und transparente Gebührenstruktur haben, sind bei der Kundenbindung und Kundenakquisition gegenüber ihren Konkurrenten im Vorteil, wie neueste Forschungsergebnisse zeigen. Massnahmen zur Förderung der Preistransparenz zeigen auch für den Aktionär einer Bank Wirkung, indem diese die Kundenbindung und somit die Rentabilität nachhaltig erhöhen.

Faires Verhalten wird belohnt

Aus der Verhaltensforschung weiss man heute, dass Menschen sich reziprok verhalten, das heisst, sie belohnen faires Verhalten und bestrafen unfaires Verhalten, selbst wenn dies mit Kosten verbunden ist. Dieser angeborene Gerechtigkeitsinn muss von den Banken im Umgang mit ihren Kunden berücksichtigt werden, andernfalls unterminieren sie auf lange Frist die eigene Existenzlegitimation. Banken, die ihren Kunden partnerschaftlich entgegengetreten, schaffen auf diese Art sehr viel Goodwill. Gerade im Private Banking sind dies die Eckpfeiler einer erfolgreichen und langlebigen Beziehung zu den Kunden. Unfares Verhalten wird von den Kunden über kurz oder lang auch so empfunden werden und hindert die Entstehung einer Bank-Kunde-Beziehung, welche hohe Loyalität beinhaltet. Transparenz zahlt sich also aus!

Die Ambivalenz in der Transparenz

Marktteilnehmer und Währungsinstitutionen, aber auch Geldökonomien legen sich in unterschiedlichem Mass und Tempo offen. Demokratisch gewählte Politiker dagegen haben mit der neuen Transparenz bisweilen Mühe. Das alles sind Symptome einer grundlegenden Transformation der bisherigen Bankenwelt.

von Johannes J. Schraner

Was bedeutet Transparenz für die liechtensteinischen Banken im 21. Jahrhundert? „Höhere Transparenz wird in Zukunft für die Märkte völlig normal sein“, behauptet zum Beispiel Norman Karrer vom Beratungsunternehmen zeb/rolfes.schierenbeck.associates. Sie gehöre zu den fünf Erfolgsmerkmalen des künftigen Private Banking. Neben Transparenz seien Einfachheit und Fokussierung sowie Differenzierung und Industrialisierung weitere Elemente eines fundamentalen Anpassungsbedarfs in der Branche. „Wir brauchen mehr Transparenz, weil Transparenz Vertrauen schafft“, pflichtet Hans Reich, Chef der Citigroup Deutschland, Karrer indirekt bei. Reich begrüsst bei dieser Gelegenheit konkret die Verschärfung der Eigenkapitalregeln durch Basel III. Ist aber die festgestellte oder geforderte neue Transparenz für Banken und Finanzmärkte im harten Wettbewerbsalltag so klar und einfach, wie sie klingt?

Transparente Marktteilnehmer sind nachhaltiger

Nicht unbedingt, wie verschiedene Untersuchungen zeigen. Bei der Frage nach allgemein zugänglichen Einsichtsmöglichkeiten in die Tätigkeit der 105 weltweit grössten börsenkotierten Unternehmen jedenfalls schneidet die Bankenbranche nicht besonders gut ab. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue Studie von Transparency International (TI). Von zehn möglichen Transparenzpunkten erhielten die 24 untersuchten Banken und Versicherungen im Schnitt 4,2 Punkte. Das lag unter anderem daran, dass die meisten grenzüberschreitend tätigen Grossbanken bisher nicht kommunizieren, ob sie Gelder an Politiker und Parteien zahlen. Grossbanken kennen bisher zudem keine transparente Berichterstattung über spezifische Länderaktivitäten. Das mache insbesondere Investmentbanken korruptionsanfällig, meint Ru-

dolf Hickel. Als Beispiel nennt der Wirtschaftswissenschaftler von der Universität Bremen den Libor-Skandal der britischen Barclays Bank. Auf den letzten fünf Plätzen des TI-Gesamtrankings stehen nicht zufällig vier Finanzdienstleister: drei Banken aus China sowie die Investmentfirma des US-Milliardärs Warren Buffet, Berkshire Hathaway. Auf der einen Seite also werden Banken in gewisser Hinsicht als intransparent wahrgenommen. Auf der anderen Seite aber fordern Finanzanalysten und Stakeholder von Unternehmen immer öfter eine stärkere Verknüpfung der finanziellen und nicht finanziellen Berichterstattung ein. Diese Verknüpfung wird indes nicht nur gewünscht, sondern setzt sich auch zunehmend durch. Informationen zur sogenannten Nachhaltigkeitsleistung von Unternehmen werden vermehrt in Finanzanalysen einbezogen. Das gilt auch für die Finanzdienstleister selbst, wie eine Studie von Ernst & Young zeigt. Transparenz bedeutet also auch Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit wiederum ist auf lange Sicht eine Chance auch für liechtensteinische Banken. Gemäss der Studie von Ernst & Young wiesen 56 der grössten 110 Banken, Versicherungen und Unternehmen in der Schweiz für das Jahr 2011 einen Nachhaltigkeitsbericht aus. Im Vorjahr waren es noch 49 der befragten Unternehmen. 39 der 56 Berichte für 2011 wurden demnach auf Basis der Global-Reporting-Initiative-Richtlinien erstellt. Diese NGO hat den weltweit meistverbreiteten Leitfaden zur Nachhaltigkeitsberichterstattung entwickelt und definiert. „Die Berichterstattung zur Nachhaltigkeitsleistung eines Unternehmens wird sich weiter etablieren und das Nachhaltigkeitsmanagement den Unternehmenserfolg immer stärker beeinflussen“, bringt es Roger Müller, Partner von Ernst & Young Schweiz, auf den Punkt. Transparenz kann somit nicht ein ideologisch unterfütterter Selbstzweck sein,

sondern ist der Weg zum Nachhaltigkeitsmanagement einer Bank und damit zu ihrem langfristigen Erfolg.

„Informationen zur Nachhaltigkeitsleistung von Unternehmen werden vermehrt in Finanzanalysen einbezogen.“

Die Politik dagegen ist nicht transparent genug

Auf der einen Seite gibt es also verschiedene Marktteilnehmer, die aus Gründen des Wettbewerbs von sich aus mehr Transparenz schaffen. Auf der anderen Seite rollen derzeit Wellen von immer neuen internationalen Vorschriften und Standards auf die Banken zu, die von den nationalen Aufsichtsbehörden nolens volens um- und durchgesetzt werden müssen. Im Zuge der Finanzkrise greift die Politik teilweise massiv in die Märkte ein. Regulierung jedoch, die zu viel Transparenz einfordert, bewirkt genau das Gegenteil, nämlich neue, zusätzliche Intransparenz. „Wenn Transparenz viel Bürokratie bedeutet, dann wird es schwierig für den Finanzplatz Liechtenstein“, erklärte S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein anlässlich des diesjährigen Staatsfeiertages. Daher müsse Liechtenstein versuchen, die internationalen Transparenzstandards mit möglichst kostengünstigen Lösungen umzusetzen. „Diese Standards nicht umzusetzen, würde die Zukunft des Finanzplatzes aber erst recht gefährden“, stellte der Erbprinz ebenfalls fest. Die administrativen Bürden haben seit dem Ausbruch der Finanzkrise

im Herbst 2008 für alle Banken in Europa massiv zugenommen und für alle Marktteilnehmer gleichermaßen mehr Bürokratie geschaffen. Mehr Bürokratie aber bedeutet potenzielle Wettbewerbsverzerrungen und damit Intransparenz. Die Umsetzung der neuen Eigenkapitalvorschriften Basel III beispielsweise birgt entsprechendes Potenzial. „Nichtgrossbanken müssen eine regulatorische Lösung für ein Problem umsetzen, das Grossbanken verursacht haben“, kritisiert Hanspeter Hess vom Verband Schweizerischer Kantonalbanken in Basel. Die internationale Politik schafft also über die Regulierung im Namen der Transparenz für Marktteilnehmer neue Intransparenz. Neben Basel III ist das neue US-Steuergesetz FATCA ein weiteres Beispiel. Wie die einzelne Bank die neuen Vorschriften konkret umsetzen kann und vor allem was sie für die einzelnen Kunden in Zukunft bedeuten, ist bisher zu wenig klar. Die Verantwortung dafür tragen nicht die Aufsichtsbehörden, sondern die Politik in den USA. Inzwischen muss sich die Politik nicht nur in den USA sondern auch in Europa von den Marktteilnehmern einige kritische Fragen gefallen lassen. Wieso haben die USA, den Versicherer AIG so gerettet, wie dies geschehen ist? Wieso lassen sich Regierungen und Zentralbanken darauf ein, die Eurozone um jeden Preis in ihrer jetzigen Form zu retten? Wieso durften Griechenlands Banken nicht Konkurs gehen? Solche Fragen zeigen mit anderen Worten an, dass die Krisenentscheide der Politik bisher nicht transparent genug sind. „Ökonomen wissen bereits vieles über Marktversagen und Interaktion. Doch es bleibt im Dunkeln, wieso entdeckte Probleme ineffizient korrigiert werden“, kritisierte Nobelpreisträger Josef Stiglitz in einem Gastvortrag an der ETH in Zürich die Politik. Wer also die derzeitige Finanzkrise besser verstehen will, muss auch besser begreifen können, wieso die Politik wann und was macht.

Fortsetzung von Seite 37

Auch die Europäische Zentralbank öffnet sich

Auch die demokratisch verankerte Politik ist bisweilen intransparent, obwohl sie selbst vom Markt und ihren Teilnehmern im Zuge der Finanz- und Bankenkrise teilweise volle Transparenz einfordert. Eine bemerkenswerte Konsequenz dagegen strebt seit neuestem die Europäische Zentralbank (EZB) in Frankfurt an.

„Transparenz und Offenlegung stellen neue und hohe Ansprüche.“

Sie erwägt, die Sitzungsprotokolle des EZB-Rates öffentlich zu machen. In diesem Schlüsselgremium werden die geldpolitischen Entscheidungen für die gesamte Eurozone gefällt. Bevor jedoch darüber eine Entscheidung möglich sei, müssten die Folgen für den Rat untersucht werden, heisst es aus der EZB. Es komme unter anderem darauf an, wann welche Informationen aus den Ratssitzungen öffentlich gemacht werden sollen und wie detailliert. Die US-Zentralbank (Fed) ist einen Schritt weiter. Sie veröffentlicht unmittelbar nach ihren Sitzungen eine kurze Stellungnahme. Diese beinhaltet das Abstimmungsverhalten der Mitglieder des Offenmarktausschusses. Drei Wochen später und damit vor der nächsten Sitzung folgt ein Protokoll mit den Argumenten, die indes nicht namentlich zugeordnet werden können. Eine ähnliche Offenheit pflegt die Bank von England. Während die Fed eine vorbildliche Transparenz pflegt, galt dies bis vor Kurzem nicht für alle amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler. Namhafte Professoren wie Frederic Mishkin von der Columbia-University oder der ehemalige

Finanzminister und Harvard-Professor Larry Summers erhielten von Banken, Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden nachgewiesenermassen nicht universitäre Honorare für Nebentätigkeiten. Gleichzeitig berieten die Experten die Gesetzgeber in Regulierungsfragen oder äusserten sich dazu öffentlich, ohne ihre Interessenverbindungen offenzulegen. Das Phänomen ist auch in Europa bekannt. Einen bemerkenswerten Schritt zu mehr Transparenz hat der Verein für Sozialpolitik unternommen. Er ist mit gut 1'500 Professoren und 2'000 Nachwuchswissenschaftlern die grösste Organisation der akademischen Volkswirte aus Deutschland, Österreich, Liechtenstein und der Schweiz. Sie haben in einer Urabstimmung Anfang September 2012 einen Ethikkodex beschlossen. Künftig sollen demnach alle Wirtschaftswissenschaftler, wenn sie Studien veröffentlichen, alle in Anspruch genommenen Finanzierungsquellen, Infrastruktureinrichtungen und sonstigen externen Unterstützungen kommunizieren. Dies kann in Form einer Fussnote oder einer ausführlichen Dokumentation auf der Website des Autors geschehen. Fazit ist: Transparenz und Offenlegung stellen neue und hohe Ansprüche. Sowohl Marktteilnehmer als auch die Politik und ihre Institutionen, aber auch Wissenschaftler und Spezialisten müssen sich diesem neuen Paradigma stellen. Der Finanzplatz Liechtenstein hat dies mit der Liechtenstein-Erklärung vom März 2009 bereits getan. Sie ist die neue Charta für den Finanzplatz. Transparenz ist für einen Kleinstaat eine grosse Chance geworden, weil der Wandel in einem Raum mit kurzen Wegen einfacher zu steuern ist. Im Zeichen dieses Wandels ist Liechtenstein innerhalb kurzer Zeit weit vorangekommen.



Unternehmensberichterstattung

Transparenz als Gebot der Stunde

Seit dem Ausbruch der Finanzkrise stehen die Banken in der Kritik. Umwälzungen im Marktumfeld zwingen die Banken, ihre Geschäftsmodelle anzupassen. Gleichzeitig steigt das öffentliche Interesse. Die Banken stehen unter Beobachtung.

von Claudio Tettamanti

Aktionäre, Kunden und Geschäftspartner erwarten ein hohes Mass an Transparenz. Die traditionelle Unternehmensberichterstattung wird dieser Erwartungshaltung nicht gerecht. In der Vergangenheit erzielte Fortschritte in der Berichterstattung beschränken sich vornehmlich auf finanzielle Aspekte. In Bezug auf die angewandten Geschäftsmodelle lässt die Transparenz indes zu wünschen übrig. Die Geschäftsmodelle der liechtensteinischen Banken sind auf die Vermögensanlage und die Anlageberatung für vermögende Privatkunden aus dem Ausland ausgerichtet. Im grenzüberschreitenden Dienstleistungsgeschäft müssen die Banken ihr bisheriges Geschäftsmodell an neue Realitäten anpassen. Neue, teilweise kostentreibende regulatorische Anforderungen sowie ein verschärfter Wettbewerb hinterlassen ihre Spuren in den Geschäftsabschlüssen. Zudem polarisiert die Debatte über die Vergütung von Geschäftsleitungs- und Verwaltungsratsmitgliedern und deren Leistung die Öffentlichkeit. Die nationalen Vorschriften zur Finanzberichterstattung ermöglichen den Anspruchsgruppen ansatzweise, Unternehmen zu vergleichen. Aktionäre und andere Anspruchsgruppen wollen hingegen die Strategie beurteilen können und verstehen, wie die Bank mittel- und langfristig Werte schafft. Dazu bestehen keine Regelwerke, welche aussagekräftige Vergleiche zu den Zusammenhängen von Strategie, Risikomanagement, Corporate Governance und Performance aufzeigen. Die folgenden Passagen geben einen Überblick über den Status quo in Liechtenstein.

Geschäftsbericht

Gemäss dem Personen- und Gesellschaftsrecht (PGR) ist ein Geschäftsbericht zu erstellen, welcher sich aus der Jahresrechnung und dem Jahresbericht zusammensetzt. Die Jahresrechnung besteht aus Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang, welche eine

Einheit bilden. Bei der Erstellung der Jahresrechnung müssen die Banken zudem zahlreiche Detailvorschriften aufgrund des Bankengesetzes respektive der Bankenverordnung beachten. Die Jahresrechnung hat ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln (true and fair view). Ein Kommentar des Managements in Form des Jahresberichts erhöht die Verständlichkeit der Jahresrechnung.

„Neue, kostentreibende regulatorische Anforderungen hinterlassen ihre Spuren.“

Risikomanagement

In der Bankengesetzgebung finden sich umfangreiche Detailvorschriften zum Risikomanagement. Die Banken sind verpflichtet, die Grundzüge des Risikomanagements sowie die Zuständigkeiten und die Verfahren für die Bewilligung von risikobehafteten Geschäften intern zu regeln. Gemessen an den organisatorischen Anforderungen fallen die diesbezüglichen Offenlegungspflichten bescheiden aus. Die Bankenverordnung sieht im Anhang der Jahresrechnung lediglich allgemeine Erläuterungen zum Risikomanagement vor. Ferner verpflichtet die Eigenmittelverordnung die Banken grundsätzlich zur Offenlegung und Kommentierung ihrer Eigenmittelunterlegung. Die Berichterstattung dazu muss jedoch nicht zwingend im Geschäftsbericht erfolgen und es bestehen zahlreiche Ausnahmeregelungen. Die Offenlegung einer unternehmensweiten Risikobeurteilung ist nicht zwingend.

Integrated Reporting

Seit mehr als einem Jahrzehnt werden alternative oder ergänzende Formen der Unternehmensberichterstattung diskutiert. Im Fokus von Wissenschaft und Praxis steht derzeit das „Integrated Reporting“-Modell des International Integrated Reporting Council (IIRC). Dieses Modell geht von bestehenden Elementen der Berichterstattung aus. Der Informationsgehalt wird erhöht, indem Querverbindungen zwischen den einzelnen Elementen hergestellt werden. Der zusätzliche Nutzen liegt darin, dass den Anspruchsgruppen der Zusammenhang des Geschäftsmodells mit den grundlegenden Elementen der Strategie, des

Risikomanagements, der Unternehmensführung (Corporate Governance) und der finanziellen Performance aufgezeigt wird. PwC hatte Ende der Neunzigerjahre die Debatte um alternative Formen der Berichterstattung eröffnet. 2010 hat PwC ein integriertes Berichterstattungsmodell vorgestellt, welches umfassender ist als jenes des IIRC und das Geschäftsmodell in den Mittelpunkt der Berichterstattung stellt (siehe auch www.corporatereporting.com).

Corporate Governance

Als Mitglied des EWR hat Liechtenstein im Jahr 2011 die entsprechenden Richtlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) und des Committee of European Banking Supervisors (CEBS) zur Corporate Governance übernommen. Anhang 4.4 der Bankenverordnung nennt die Richtlinien für das Management von mit der Vergütungspolitik und -praxis verbundenen Risiken. Die Richtlinien sind erstmals für das Geschäftsjahr 2012 anwendbar. Sie verlangen unter anderem Aussagen zum Inhalt und zum Festsetzungsverfahren der Entschädigungen und der Beteiligungsprogramme. Die Vergütungspolitik muss mit der Geschäftsstrategie und den langfristigen Zielen der Bank im Einklang stehen. Die angewendeten Verfahren müssen mindestens einmal jährlich überprüft werden. Banken, die aufgrund ihrer Grösse oder der Art und dem Umfang der Geschäftstätigkeit von erheblicher Bedeutung sind, müssen einen Vergütungsausschuss einrichten und ihre Vergütungspolitik offenlegen. Die Offenlegungspflicht umfasst auch stark erweiterte quantitative Informationen. Derzeit werden drei Banken in Liechtenstein als sogenannt „systemrelevant“ eingestuft. Darunter befinden sich zwei Banken, deren Wertpapiere an der Schweizer Börse zum Handel zugelassen sind. Sie erfüllen die Anforderungen im Wesentlichen bereits heute, durch Anwendung der Richtlinie Corporate Governance der SIX Swiss Exchange. Die Offenlegung muss nicht zwingend im Geschäftsbericht erfolgen. Auch kleine Banken müssen die Grundsätze der Vergütungspolitik und -praxis intern regeln. Zu den minimalen Anforderungen gehört eine schriftliche Dokumentation, welche die Vergütungspolitik ins Verhältnis setzt zur Geschäftsstrategie und zum Risikomanagement. Ferner sind die Risikonehmer zu identifizieren. Besteht kein Vergütungsausschuss wird die jährliche Leistungsbeurteilung der Geschäftsleitung und

höherer Führungskräfte in den Bereichen Risikomanagement und Compliance in der Regel direkt durch den Verwaltungsrat vorgenommen werden. Bezüglich Offenlegung gilt für alle Banken das Proportionalitätsprinzip. Aufgrund von Vorschriften im PGR sind die Gesamtbezüge und gewährten Kredite an die Mitglieder der Verwaltungs- und Geschäftsführungsorgane oder ähnlichen Einrichtungen für die jeweilige Personengruppe bereits heute im Anhang der Jahresrechnung auszuweisen. Die Angaben müssen dann nicht gemacht werden, wenn sich dadurch die Bezüge eines einzelnen Mitglieds dieser Organe feststellen lassen.

Transparent Werte schaffen

Aktionäre und alle anderen Anspruchsgruppen wünschen eine transparente Unternehmensberichterstattung. Die geltenden Standards in Liechtenstein ermöglichen eine vergleichende Analyse der Finanzkennzahlen. Ausserhalb der Jahresrechnung sind die Banken gefordert, umfangreiche Daten zu erheben, zu analysieren und als aussagekräftige Informationen in unterschiedlicher Form bereitzustellen. Die Detailvorschriften sind komplex. Der Blick für das Wesentliche geht dabei oft verloren. Es fehlt ein roter Faden zwischen den verschiedenen Informationen. Eine integrierte Berichterstattung stellt das Geschäftsmodell in den Mittelpunkt und zeigt auf, wie die Bank Werte schafft. Prägnanz ist wichtiger als Details.

Grundbildung Bank

Qualität dank Weitblick

Praxisausbilder spielen eine entscheidende Rolle für die Qualität der Grundbildung. Das Zertifizierungssystem der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) wertschätzt sie für ihre Tätigkeit und hilft ihren Banken, die Ausbildungsstrukturen zu optimieren.

von Micha de Roo

Die berufliche Grundbildung ist im helvetischen Sprachraum zu Recht ein gut gehüteter Schatz. Das sogenannte duale Ausbildungssystem, welches schulische Theorie und berufliche Praxis kombiniert, erweist sich in Zeiten globaler Wirtschaftskrisen als wirksames Bollwerk gegen drastisch steigende Zahlen von erwerbslosen Jugendlichen.

„Zu den Herausforderungen zählt der Kampf um junge Talente.“

Auf Veränderungen reagieren

Dieses System der Berufsbildung ist darauf angewiesen, mit gesellschaftlichen Veränderungen Schritt zu halten und die Qualität gleichzeitig laufend zu verbessern. Zu den aktuellen Herausforderungen zählen unter anderem die zunehmende Fluktuation unter Mitarbeitenden, der Kampf um junge Talente vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und sich rasch veränderndes Fachwissen. Dies gilt insbesondere auch für die Banken, die in der Berufsbildung eine wichtige Rolle spielen. So begannen in der Schweiz im Sommer 2012 erneut rund 1'300 junge Frauen und Männer eine kaufmännische Lehre in einer Bank. Die Bankgrundbildung besteht aus zwei Grundpfeilern: Der kaufmännischen Grundbildung und dem

sogenannten Bankeinstieg für Mittelschulabsolventen (BEM). Bei Letzterem handelt es sich um ein mindestens anderthalbjähriges Praktikum, mit dem Abgänger der Maturitätsschulen sowie weiterer Mittelschulen mit einem qualifizierten Bankeinstieg ihre Banklaufbahn starten können.

Kernargument Ausbildungsqualität

Beide Grundbildungsvarianten verlaufen bei den verschiedenen Banken strukturell weitgehend analog. Erste Ansprechperson der Lernenden beziehungsweise Bankeinsteiger ist in der Regel der Praxisausbilder. Mit einer guten Betreuung der Lernenden gewährleistet er eine attraktive, qualitativ hochstehende Ausbildung – ein Kernargument im zunehmenden Kampf um die jungen Talente für die Grundbildungsstellen. Die Bankenbranche bewies diesbezüglich Weitblick und begann bereits zu Beginn des vergangenen Jahrzehnts über die SBVg, das sogenannte Zertifizierungssystem Praxisausbilder aufzubauen. Die Zertifizierung sollte mithelfen, die Grundbildung zu stärken, die Attraktivität und die Wertschätzung der Praxisausbildertätigkeit zu steigern und diesbezüglich eine Vergleichbarkeit in der Branche sicherzustellen. Gleichzeitig sollte sie auch die Arbeitsmarktfähigkeit von Mitarbeitenden mit Praxisausbildertätigkeit erhöhen und die Transparenz gegen innen und aussen (beispielsweise Bund und Kantone) gewährleisten. Alles in allem also viele Ziele auf einmal. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Fakten zum Zertifizierungssystem Praxisausbilder

- Eingeführt im Jahr 2004
- Anzahl ausgestellter Zertifikate bis Ende 2011: 1'193
- Liste der zertifizierten Institute (Stand September 2012):

- Aargauer KB
- Basler Kantonalbank/Bank Coop
- Credit Suisse
- Graubündner Kantonalbank
- Hypothekbank Lenzburg
- **LGT Group Foundation**
- **Liechtensteinische Landesbank**
- Schweizerischer Verband der Raiffeisenbanken
- UBS
- Zürcher Kantonalbank



Einfaches und transparentes Verfahren

Grundlage für das Zertifizierungssystem ist ein Reglement der SBVg (www.swissbanking.org/praxisausbilder-zertifikat.htm). Ergänzende Richtlinien dienen als praktischer Leitfaden, um das Ausbildungs- und Betreuungskonzept zu erstellen. Sie enthalten beispielsweise die Grundsätze, an denen sich das Zertifizierungssystem orientiert. Dazu zählen die Transparenz der Ausbildungsstrukturen, die Eigenständigkeit in dem Sinne, das Ausbildungs- und Betreuungskonzept auf die unternehmensspezifischen Gegebenheiten abzustimmen, sowie die Leitidee, die Qualität des Ausbildungs- und Betreuungskonzeptes kontinuierlich zu verbessern. Das Zertifizierungsverfahren ist dabei einfach strukturiert und verläuft anhand eines klaren Ablaufs. Zunächst nimmt die antragstellende Bank telefonisch oder per E-Mail Kontakt mit der SBVg auf, um sich über das genaue Vorgehen zu informieren. Im Hinblick auf den Zertifizierungsantrag erstellt die zuständige Person dann anhand klarer Vorgaben ein Ausbildungskonzept, welches es ermöglicht, die bankinternen Prozesse und Strukturen sichtbar und nachvollziehbar zu machen. Das „Fachgremium Zertifizierung“, bestehend aus sachverständigen Vertretern von Mitgliedsbanken sowie der SBVg, prüft das Konzept und lädt die antragstellende Bank falls gewünscht auch ein, es vorzustellen. Wenn alle Fragen rund um das Konzept geklärt und die Vorgaben erfüllt sind, erhält die jeweilige Gesamtbank die Zertifizierung. Ab diesem Zeitpunkt kann die Bank bei der SBVg zweimal pro Jahr Zertifikate für ihre

Praxisausbilder beantragen, welche die Mindestvorgaben erfüllen. Diese bestehen einerseits darin, dass der Mitarbeitende seit mindestens einem Jahr in dieser Funktion tätig ist und während dieser Zeit mindestens drei verschiedene Lernende betreut hat. Andererseits schreibt das Ausbildungs- und Betreuungskonzept der jeweiligen Bank anhand der SBVg-Richtlinien detailliert vor, über welche Kompetenzen die Praxisausbilder verfügen müssen, um das Zertifikat zu erhalten. Dazu zählen die Anforderungen, die Lernenden angemessen instruieren und bewerten zu können und mit ihnen kompetent zu kommunizieren. Eine weitere wichtige Voraussetzung ist es, bei der Betreuung der Lernenden einen Ausbildungsplan zu verwenden. Dieser dient den Lernenden und dem Praxisausbilder gleichermaßen zur Orientierung.

Kontinuität ist gefragt

Nach der Zertifizierung überprüft das Fachgremium anhand eines vereinbarten Besuchs bei der Bank alle drei Jahre, ob die Bank die Vorgaben einhält und somit die Re-Zertifizierung erhält. Anhand der Zertifizierungsgespräche kann das Fachgremium Entwicklungen in der Praxis der Lernendenbetreuung erkennen und aufnehmen. Am 1. Januar 2012 trat ein modifiziertes Reglement in Kraft, welches unter anderem den Führungsaspekt der Praxisausbildertätigkeit stärker hervorhebt. So kann auch ein junger Mitarbeiter im Lebenslauf bereits erste Führungsaufgaben vorweisen. www.swissbanking.org

Qualität überdauert jede Krise

Pietro Leone ist Mitglied der Geschäftsleitung der Neuen Bank in Vaduz. Der Rheintaler liebt den Gegensatz zwischen ländlicher Idylle in seinem Wohnort Grabs und der beruflichen Internationalität in Vaduz. Seit 25 Jahren im Bankengeschäft weiss er, wo Chancen liegen und nutzt diese zielgerichtet.

Interview mit Pietro Leone

Herr Leone, die Neue Bank begeht ihr 20-jähriges Jubiläum. Was wünschen Sie sich für die Bank?

Ich wünsche mir eine weiterhin prosperierende Entwicklung unserer Bank, basierend auf den Werten Unabhängigkeit, Zuverlässigkeit und Professionalität.

Sie sind seit fünf Jahren Mitglied der Geschäftsleitung und führen den Bereich Kunden. Wie ist bisher Ihr persönliches Fazit?

Im Einklang mit den Vorstellungen des damaligen Verwaltungsrates und meiner Geschäftsleitungskollegen war mein primäres Ziel, die Kundenbetreuung und das Asset-Management auf die höchstmögliche Professionalitätsstufe zu entwickeln. Diverse Auszeichnungen, wie zum Beispiel Platz 8 bei den „Fuchsbriefen“, aber auch der Zufluss weiterer Kundenvermögen zeigen, dass unsere Leistungen der vergangenen fünf Jahre in einem stark veränderten Umfeld weiterhin Anerkennung finden.

Die Neue Bank hat in der ersten Jahreshälfte 2012 mit zehn Prozent Gewinnsteigerung ein beachtliches Ergebnis erzielt. Was sind die Erfolgsfaktoren?

Zu den Erfolgsfaktoren zähle ich neben unserer Eigenständigkeit die hohe Eigenmittelausstattung und die Einhaltung der budgetierten Kosten. Durch die Beteiligung der Mitarbeitenden an der Bank wurde die Eigenverantwortung und Verbundenheit zum Unternehmen zusätzlich gefördert. Die im Leitbild verankerten Werte, wie eine umfassende, persönliche und individuelle Kundenbetreuung, Unabhängigkeit von Dritten, keine eigenen Produkte, aber auch die Vermeidung von Interessenkonflikten, sind Faktoren, die uns beim Erreichen unserer Ziele massgeblich unterstützen.

Der Netto-Neugeldzufluss konnte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um vier Prozent gesteigert werden. Wie war dies trotz der schwierigen Marktverhältnisse möglich?

Die Mund-zu-Mund-Werbung bleibt die Quelle unseres Wachstums. Kunden suchen einen verlässlichen Partner, bei dem sie sich verstanden fühlen und bedürfnisgerecht betreut werden. Sie sind dann auch bereit, dies weiterzuerzählen.

Sie haben im vergangenen Jahr weitere Mitarbeitende einstellen können. In welchen Bereichen werden diese besonders benötigt?

Um unsere Kunden optimal zu betreuen, brauchen unsere Kundenberater genügend Zeit dafür. Bei einer steigenden Anzahl Kunden kann unsere Servicequalität nur durch Einstellung weiterer hoch qualifizierter Berater und Assistenten sichergestellt werden. Da wir zudem alle verarbeitenden Aufgaben inhouse durchführen, sind personelle Ergänzungen auch im Backoffice nötig, wie zum Beispiel in der Wertschriftenverwaltung.

Welche Ziele hat sich Ihr Unternehmen für die kommenden Jahre gesetzt?

Wir wollen auch in den kommenden Jahren unsere Stabilität und Sicherheit wahren und aus eigener Kraft gesund wachsen.

Wie hat sich die Neue Bank in Bezug auf die neuen Herausforderungen hinsichtlich des Transformationsprozesses am Finanzplatz Liechtenstein eingestellt?

Wir alle werden laufend mit Neuerungen konfrontiert, seien diese regulatorischer oder auch wirtschaftlicher Natur, die uns intensiv beschäftigen. Basierend auf unserem Geschäftsmodell sind wir bestrebt, frühzeitig bei anstehenden Veränderungen zu agieren. Mit der Unterstützung des Liechtensteinischen Bankenverbandes sind wir überzeugt, auch die bevorstehenden Hürden gemeinsam erfolgreich zu meistern.

Sie waren viele Jahre Experte bei der eidgenössischen Bankfachprüfung. Welche Entwicklung sehen Sie hinsichtlich des Bankfach-Nachwuchses?

Pietro Leone

Pietro Leone ist seit 2007 Mitglied der Geschäftsleitung der Neuen Bank, zuständig für das Kerngeschäft der Bank, die Anlageberatung und Vermögensverwaltung. Der gebürtige Melser absolvierte verschiedene Ausbildungen als Kaufmann und ist eidgenössisch diplomierter Bankfachmann. Seine Karriere begann er bei der Raiffeisen-Bank, bevor er 1989 zur UBS wechselte. Knapp zehn Jahre später wurde er Leiter Wealth Management bei der UBS in Buchs und blieb dort weitere neun Jahre bis zu seinem Wechsel zur Neuen Bank nach Vaduz. Leone ist verheiratet und zweifacher Vater. Ausserdem war er langjähriger Prüfungsexperte für den Bankennachwuchs.



Die Ausbildung in unserer Branche bleibt ein zentraler Erfolgsfaktor. Die jungen Leute bemühen sich sehr, ihr Wissen auszubauen. Mittlerweile genügt dies für ein Finanzunternehmen jedoch nicht mehr. Sämtliche Hierarchiestufen müssen sich weiterentwickeln, sei dies auf der fachlichen und sprachlichen Ebene oder auch auf der regulatorischen. Ein Berater muss heutzutage Experte in seinem Fach sein, über juristisches Wissen verfügen und sich in der Sprache seines Gegenübers ausdrücken können.

Als Finanz- und Anlageexperte: Wie schätzen Sie die aktuelle Wirtschaftslage an den Weltmärkten ein?

Ich schätze die aktuelle Lage insgesamt als nach wie vor äusserst fragil ein. Das einzig Stetige ist die Veränderung. Und genau deshalb versuche ich, die bestehenden Chancen trotz der vielen Risiken zu eruieren. Sei dies durch breite Diversifikation innerhalb der Anlageklassen, oder durch Erkennen von unterbewerteten Märkten und Firmen. Mein Hauptaugenmerk lege ich auf Qualität, denn Qualität überdauert jede Krise.

Welche wichtigsten Eckpfeiler muss Liechtenstein in Bezug auf den Finanzplatz kurzfristig setzen?

Sämtliche Finanzplatzteilnehmer sind gefordert, sich noch intensiver untereinander auszutauschen. Nur ein gemeinsames Verständnis und der Einbezug der politisch Verantwortlichen wird es uns allen ermöglichen, die Unmengen an neuen Gesetzen und Vorschriften umzusetzen und den Finanzplatz zu dem zu machen, was er eigentlich sein sollte: ein Kompetenzzentrum für Finanzfragen.

Sie sind in Mels geboren und haben auch den grössten Teil Ihres Berufslebens in der Region verbracht. Was reizt Sie am Lebens- und Arbeitsort Rheintal?

Ich habe schon viele Orte gesehen, aber an keinem würde ich

lieber leben und arbeiten als in unserem Rheintal. Die Kombination aus ländlicher Idylle bei mir im Dorf und beruflicher Internationalität und Professionalität an unserem Standort in Vaduz schätze ich sehr. Umso mehr ist es mir ein zentrales Anliegen, dass wir alles daran setzen, den Finanzplatz Liechtenstein zu stärken und der Nachfolgeneration in einigen Jahren ein Erbe zu hinterlassen, worauf sie aufbauen und stolz sein kann.

Spots

Transparenz bedeutet für mich ...
Ehrlichkeit.

An Liechtenstein gefällt mir besonders ...
die Kleinheit mit ihren vielen Möglichkeiten.

Am Finanzsektor fasziniert mich ...
wie einfache Grundregeln immer noch gelten, trotz der Komplexität der Materie.

In zehn Jahren wird es in Liechtenstein ...
weiterhin motivierte und gut ausgebildete Menschen brauchen.

Am besten entspanne ich ...
beim Fussballspielen und Musizieren.

Ich möchte unbedingt noch ...
häufiger die Natur in unserer Gegend mit meiner Familie geniessen.

Geld ist ...
Bestandteil meiner täglichen Arbeit.

REDAKTION

Simon Tribelhorn,
Geschäftsführer,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Adolf E. Real,
Präsident,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Rafik Yezza,
Bankenregulierung
& Retail Banking,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Anita Hardegger,
Personalentwicklung/
-strategie,
Liechtensteinischer
Bankenverband



Esther Eggenberger,
Assistentin der
Geschäftsleitung,
Liechtensteinischer
Bankenverband



GASTAUTOREN DIESER AUSGABE

Johannes J. Schraner,
freier Autor und
EU-Experte



Prof. Dr. Teodoro D.
Cocca, ordentlicher
Professor für Asset
Management an der
Johannes Kepler
Universität Linz,
Adjunct Professor
am Swiss Finance
Institute



Micha de Roo,
Verantwortlicher
Zertifizierungssys-
tem Praxisausbilder
SBVg



Claudio Tettamanti,
Marktleiter Liech-
tenstein, Pricewater-
houseCoopers AG



Sven Braden,
Amt für
Umweltschutz,
stellvertretender
Geschäftsführer der
LIFE Klimastiftung
Liechtenstein



Transparenz



© Lulu Berlu – Fotolia.com

Transparenz- und Geheimnissethik spielt eine wichtige Rolle bei der Bewertung vieler aktueller Konflikte in der Informationsgesellschaft. Insbesondere geben die Themen Datenschutz, Transparenz und Privatsphäre oft Anlass zu heftigen politischen Auseinandersetzungen, weil sie untereinander in einem komplexen Spannungsverhältnis stehen. Bei der Suche nach einem gemeinsamen Kern von Datenschutz, Transparenz und Privatsphäre findet sich eine soziologische Form, die allen dreien zugrunde liegt: Das Geheimnis ...

(zitiert aus einem Essay von Pavel Mayer mit dem Titel „Über Transparenz und Geheimnisse“)

Zitiert

„Wer für alles offen ist, kann nicht ganz dicht sein.“

*Christian Wallner (*1948), dt. Schriftsteller u. Kabarettist*

„Es kann schon schwierig werden, wenn lauter ehrliche Leute ganz offen miteinander reden.“

Gerd Bucerius (1906–95), dt. Verleger, Herausgeber „Die Zeit“

Erzählt

Die Geschichte vom schwangeren Topf von Jorge Bucay
(aus seinem Buch „Komm, ich erzähl dir eine Geschichte“ / gekürzte Fassung)

Eines Nachmittags borgte sich ein Mann bei seinem Nachbarn einen Topf aus. Nach vier Tagen hatte der Nachbar den Topf noch immer

nicht zurück, also ging er zum Nachbarn und bat um seine Herausgabe. „Gerade wollte ich zu Ihnen kommen und ihn zurückbringen ... Die Niederkunft des Topfes war schwierig.“ „Wie bitte?“ „Ach, wussten Sie das gar nicht? Der Topf war schwanger.“ „Schwanger?“ „Ja, noch in derselben Nacht hat er Nachwuchs bekommen. Deswegen brauchte er eine kleine Erholungspause, aber jetzt ist er wieder auf den Beinen.“ Der Nachbar ging in seine Wohnung und kehrte mit dem Topf, einem Krug und einer Pfanne zurück. „Die gehören mir nicht. Nur der Topf.“ „Nein, das sind schon Ihre. Wenn der Topf Ihnen gehört, dann gehören Ihnen auch seine Kinder.“ Der Mann hielt seinen Nachbarn für komplett verrückt. Am besten, ich lasse mich auf das Spiel ein, dachte er bei sich und ging nach Hause. Am Nachmittag desselben Tages klingelte der Nachbar wieder an seiner Tür und borgte sich einen Schraubenzieher und eine Zange aus. Es verging fast eine Woche, da klingelte der Nachbar an seiner Tür. „Hallo, Herr Nachbar, haben Sie das gewusst?“ „Was denn?“ „Dass die Zange und der Schraubenzieher ein Paar sind?“ „Sagen Sie bloss!“, sagte der Mann mit weit aufgerissenen Augen. „Nein, das wusste ich nicht.“ „Ich war unvorsichtig, ich habe sie nur einen Moment allein gelassen, und da ist sie schwanger geworden.“ „Die Zange?“ „Die Zange. Ich habe Ihnen ihre Nachkommen mitgebracht.“ Und aus einem Korb holte er ein paar Schrauben, Muttern und Nägel hervor, die, wie er sagte, die Zange zur Welt gebracht hatte. Er ist komplett verrückt geworden, dachte der Mann. Aber Nägel und Schrauben konnte man immer gebrauchen. Zwei Tage vergingen, und schon war der zudringliche Bittsteller wieder an der Tür. „Als ich Ihnen neulich die Zange zurückbrachte“, sagte er, „habe ich gesehen, was für eine hübsche Goldvase bei Ihnen auf dem Tisch steht. Ob Sie sie mir freundlicherweise für eine Nacht ausleihen könnten?“ Dem Besitzer der Vase gingen die Augen über. „Aber natürlich“, sagte er mit grosszügiger Geste und ging ins Haus, um das erbetene Stück zu bringen. „Vielen Dank, Herr Nachbar.“ Die Nacht verging und auch die nächste, ohne dass der Besitzer der Vase es gewagt hätte, bei seinem Nachbarn um deren Rückgabe zu bitten. Dennoch, nachdem eine Woche vergangen war, konnte er seine Sorge nicht mehr im Zaum halten und ging zum Nachbarn, um seine Vase zurückzufordern. „Die Vase?“, sagte der Nachbar. „Ach, haben Sie es noch nicht gehört?“ „Was denn?“ „Die Vase war schwanger und ist bei der Niederkunft gestorben.“ „Sagen Sie, halten Sie mich für völlig verblödet? Wie kann eine Goldvase schwanger sein?“ „Aber Herr Nachbar. Die Schwangerschaft und die Niederkunft des Topfes haben Sie hingenommen. Auch die Hochzeit und die Nachkommen-schaft von Schraubenzieher und Zange. Wie können Sie jetzt an der Schwangerschaft und dem Tod der Vase zweifeln?“